



Presseschau vom 19.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Land der unbegrenzten Schussfreiheit – Waffenproduktion in USA seit dem Jahr 2000 verdreifacht**

Im Jahr 2020 gab es 19.350 Tötungsdelikte mit Schusswaffen in den USA. Im gleichen Jahr kamen 5,5 Millionen Pistolen und fast eine Million Revolver auf den US-Markt, die Waffenproduktion wurde innerhalb von zwanzig Jahren verdreifacht, wie ein Bericht zeigt. ...

<https://kurz.rt.com/2z39> bzw. [hier](#)

Kirill Benediktow: **Serbien und die Russland-Sanktionen: Die wilde Joker-Karte Kosovo**

Das Kosovo stellte letzte Woche einen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat. Dieser anscheinend unschuldige Schritt erhöhte die Spannungen auf dem Balkan sofort um mehrere Grade. Denn nach wie vor gilt: Für die Serben ist das Kosovo eine offene, blutende Wunde.

...

<https://kurz.rt.com/2yza> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Russlands Kinobranche kämpft mit "Parallelverleih" und "alternativer Synchronisation" ums Überleben**

Der Rückzug der größten Filmkonzerne vom russischen Markt und die damit verbundene Krise in der Filmindustrie zwingen die Verleiher, nach alternativen Möglichkeiten für den Vertrieb ausländischer Filme zu suchen. Es gibt auch Pläne, weiterhin ausländische Filme zu synchronisieren. ...

<https://kurz.rt.com/2z2q> bzw. [hier](#)

Anna Schafran: **Die Ostseestaaten träumen von einer Revanche an Russland**

Der Ostseerat verwandelt sich in ein Instrument, das der Westen gegen Russland einzusetzen plant. Die Ostseestaaten machen sich selbst zu Objekten der USA im Kampf gegen Russland, was ihnen nicht gut bekommen wird ...

<https://kurz.rt.com/2z4l> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:00 (18:00) **Dan-news.info: KKW Saporozje wird für Russland arbeiten, wenn die Ukraine nicht bezahlt**

Das Kernkraftwerk Saporozje wird für die Russische Föderation arbeiten, wenn Kiew nicht bereit ist, für den Strom zu bezahlen. Dies erklärte heute der stellvertretende russische Ministerpräsident Marat Chusnullin, der zu einem Arbeitsbesuch in Melitopol weilt.

"Elektrizität ist ein Gut, das nicht gelagert werden kann. Wenn also die Ukraine bereit ist, es aufzunehmen und zu bezahlen, dann werden wir liefern, wenn nicht, dann wird das KKW für Russland arbeiten", zitierte die Nachrichtenagentur »RIA Nowosti« Chusnullin.

Der stellvertretende Premierminister fügte hinzu, dass die Kernenergie eine der billigsten Formen der Stromerzeugung sei, dass sie wettbewerbsfähig sei und man sich keine Sorgen um Abnehmer machen müsse.

Das Kernkraftwerk Saporozje liegt in einem Steppengebiet am Rande des Kachovka-Stausees in der Stadt Energodar, Oblast Saporozje. Es gehört zum staatlichen Unternehmen

»Energatom« und ist das größte in Europa. Das Kraftwerk betreibt sechs Blöcke mit einer Gesamtleistung von 6000 Megawatt.



https://dan-news.info/storage/c/2016/06/14/1623110643_590579_34.jpg

19:38 de.rt.com: **Serbien betrachtet Welle von Bombendrohungen als Druck wegen seiner Position im Ukraine-Krieg**

Serbien erlebte zuletzt eine Welle von Bombendrohungen. Anonyme E-Mails sind inzwischen an mehrere Schulen, Einkaufszentren und Restaurants verschickt worden. Dabei kommt es zu massenhaften Evakuierungen. Die Regierung verbindet die Drohungen mit dem Ukraine-Krieg.

Zuletzt ist es in der serbischen Hauptstadt Belgrad zu massenhaften Evakuierungen gekommen. Die Ursachen waren anonyme Bombendrohungen, von denen vor allem Schulen, aber auch Einkaufszentren, Restaurants und Brücken betroffen waren. Am Montag mussten deswegen in ganz Belgrad 173 Schulen evakuiert werden. Bei den anschließenden Durchsuchungen wurden aber keine Sprengkörper entdeckt. Am Dienstag wurden fünf Einkaufszentren in verschiedenen Teilen der Stadt bedroht. Betroffen waren auch ein Stadium und ein Studentenheim. Die Bombendrohungen erfolgten über anonyme E-Mails, deren Herkunft sich nicht nachverfolgen ließ.

Die serbische Ministerpräsidentin Ana Brnabić brachte diese Zwischenfälle mit der Position ihres Landes im Ukraine-Krieg in Verbindung. In einem Fernsehinterview am Dienstag sagte die Politikerin, Belgrad werde damit wegen seiner Weigerung, sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen, unter Druck gesetzt:

"Wir sind das einzige Land in Europa, das keine Sanktionen gegen Russland eingeführt hat, und der tägliche Druck ist unglaublich. Diese Berichte über Bomben gehören zum Druck aus dem Ausland, weil wir keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben."

Brnabić brachte ihre Vermutung zum Ausdruck, dass die Bombendrohungen sorgfältig geplant worden seien. Jemand habe es unter anderem auf alles abgesehen, was als Sehenswürdigkeit gelten könne. Als Beleg dafür nannte die Regierungschefin eine Bombendrohung gegen das sogenannte Tropicarium in Belgrad, das eigentlich sehr klein und in Serbien nur wenig bekannt sei:

"Wenn jemand in Serbien auf so etwas gekommen wäre, hätte er niemals eine Drohung an das Tropicarium geschickt."

Im März dieses Jahres hatte es immer wieder Bombendrohungen gegen Flugzeuge der serbischen Fluggesellschaft Air Serbia gegeben, die sich auf dem Weg nach Russland

befunden hatten. Einmal musste auch der Flughafen Belgrad geräumt werden. In keinem Fall wurden Sprengkörper gefunden.

Am Wochenende warf der serbische Präsident Aleksandar Vučić im Fernsehsender Prva dem Westen Doppelmoral vor, indem er die Vorgehensweise der westlichen Staaten im Ukraine-Krieg und in der Kosovo-Frage verglich.

"Sie sagen, sie würden keine Änderung der ukrainischen Grenzen akzeptieren – nicht um einen Fußbreit. Wirklich? Dafür aber beteiligen Sie sich an der Zerstörung der nationalen Souveränität Serbiens und sprechen vom Kosovo als 'Herzen Europas' und einem separaten Land."

Dem serbischen Staatschef zufolge verteidige sein Land seine territoriale Integrität und der Westen fordere von Belgrad, aufzugeben. Von Kiew fordere der Westen im Gegenteil, nicht aufzugeben. Somit kommentierte Vučić die Erklärung der G7-Außenminister, wonach sie von Russland verschobene Grenzen niemals anerkennen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628505c948fbef4291062296.jpg>

21:34 de.rt.com: **Medienberichte: US-Amerikaner ohne Erfahrung bilden ukrainische Streitkräfte an Javelins aus**

Bei der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte durch Freiwillige aus den USA soll es Medienberichten zufolge zu zahlreichen Problemen gekommen sein: So hätten Freiwillige aus den USA selbst gar keine Ahnung, wie man Javelin-Raketen benutzt.

Medienberichten zufolge soll es bei der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte an gelieferten Javelin-Raketen durch Freiwillige aus NATO-Ländern wie den USA zahlreiche Probleme gegeben haben. Laut Fox News Digital sollte Mark Hayward, ein ehemaliger Soldat der US-amerikanischen Special Forces, den ukrainischen Truppen den Umgang mit den neuen Panzerabwehrwaffen beibringen. Dabei gab es jedoch Probleme: Er selbst hatte keine Ahnung, wie man die Geräte benutzt, und er hatte nur einen halben Tag Zeit, um die ukrainischen Streitkräfte auf den neuesten Stand zu bringen.

Hayward schied 2007 aus der Armee aus, reiste 2022 allerdings freiwillig in die Ukraine, um sich der Fremdenlegion für Kiew anzuschließen und so die ukrainischen Streitkräfte im Krieg gegen Russland zu unterstützen. Ein Bekannter hatte vorgeschlagen, Hayward könne den ukrainischen Streitkräften den Umgang mit Panzerabwehrwaffen der nächsten Generation (NLAW) beibringen.

Gegenüber Fox News Digital erklärte Hayward nun, dass er in der Vergangenheit zwar eine Reihe von Panzerabwehrwaffen benutzt hatte, aber seit er aus dem Dienst ausgeschieden war, habe es viele neue Entwicklungen in diesem Bereich gegeben.

"Mit dem Javelin hatte ich keinerlei Erfahrung."

Zudem soll Hayward auch nur einen halben Tag Zeit gehabt haben, um den ukrainischen Streitkräften den Umgang mit den Javelin-Panzerabwehrwaffen beizubringen. Des Weiteren erklärte er, zu Beginn des Krieges habe er eigentlich nicht erwartet, dass er "zurückkommen würde" und die Ukraine "zwei Wochen überdauern" könne. Um den ukrainischen Soldaten

den Umgang mit den Panzerabwehrwaffen beizubringen, habe er nach eigenen Angaben selbst nur 12 Stunden Zeit gehabt herauszufinden, wie man das Gerät benutzt. Er kontaktierte deshalb Bekannte in den USA, die ihm dabei helfen mussten, die Bedienungsanleitungen ausfindig zu machen, die er über Nacht studierte, bevor er die Unterweisung erteilte. Ein weiteres Problem war, dass die Truppen aufgrund der begrenzten Vorräte kaum die Möglichkeit hatten, die Waffe vor ihrem Gefechtseinsatz selbst im Feld auszuprobieren. Im Ganzen zeigte sich Hayward sehr verunsichert, dass Truppen mit einem Minimum an praktischer Ausbildung und die Ukraine entsandt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628521cf48fbef42a42035b6.jpg>

21:45 de.rt.com: **Präsident Kroatiens lehnt Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO ab**

RIA Nowosti [berichtet](#), der kroatische Präsident, Zoran Milanović, wolle den Botschafter der Republik bei der NATO, Mario Nobile, in einem Brief anweisen, gegen einen Beitritt Finnlands und Schwedens zu dem Bündnis zu stimmen, solange die Wahlgesetze in Bosnien und Herzegowina nicht geändert würden. Die russische Nachrichtenagentur zitiert dabei die kroatische Tageszeitung N1. Der kroatische Präsident sagte:

"Ich bin bereit für Anschuldigungen, wenn sie folgen. Ich habe bereits erklärt, dass die Kroaten in Bosnien und Herzegowina für mich wichtiger sind als die gesamte russisch-finnische Grenze."

Milanović habe in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Türkei verwiesen – ein Land, das seiner Meinung nach "seine nationalen Interessen zu verteidigen weiß" – und hinzugefügt, dass die Interessen der Ukraine für Zagreb kein dringliches Problem darstellten.

Ferner habe der Präsident darauf hingewiesen, dass die Weigerung Kroatiens, das Abkommen zu ratifizieren, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die kroatischen Interessen in Bosnien und Herzegowina lenken würde. Und dass dies der einzige Weg sei, das Problem der Rechte der Kroaten in diesem Land zu lösen.

Der kroatische Außenminister Gordan Grlić-Radman bezeichnete Milanovićs Plan daraufhin allerdings als "Erpressung" und "eine außereuropäische Art, das Problem zu lösen". Am 17. Mai hatte der Außenminister Luxemburgs, Jean Asselborn, dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wegen dessen Haltung zu den möglichen NATO-Beitritten Finnlands und Schwedens eine "Basar-Mentalität" vorgeworfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62854744b480cc12a621c40a.jpg>

22:00 de.rt.com: **Kriegsgefangene aus Asow-Stahl über Umgang mit ihnen: "Kein physischer oder psychischer Druck"**

Das russische Verteidigungsministerium [zeigte](#) ein Video aus dem Krankenhaus in Nowoasowsk, in das die gefangenen ukrainischen Soldaten aus dem Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol gebracht worden waren, die sich am 16. und 17. Mai ergeben hatten. Ein Kriegsgefangener, Wiktor Schaposchnikow, teilte mit:

"Der Umgang ist normal. Es gibt keinen physischen oder psychischen Druck auf mich. Der Umgang ist ausgezeichnet: Mein Bein wurde untersucht und mir wurde gesagt, dass alles normal ist."

Das Video zeigt Stationen, auf denen mehrere verwundete ukrainische Soldaten liegen. Die in dem Video gezeigten Kriegsgefangenen gaben an, dass sie die notwendige medizinische Hilfe, Nahrung und Wasser erhalten hätten.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/bydQiqZQqILsNb9M3JQIMIJiGK6zB-eyTi1ejpSmMPqWeTblcGK5QSA_8s8CJ-Zj8xUqiu8sN2E67PN3CjwDmn6epJqXkH4sINvUnBx--cgnMv_YH3W4RE1XRrfHUCglBQIEFhawgiT_1T-z7QKg87z0b5V4t8pxxn96VCfxO192et4YWcQ-8EGbhbX_CrZJrSdRmLKkuYFgSry-2OqBGPijgbBt60K_J4FKFjaK62jHc13E-EM6DmvdNou8-xS7rh61pCtcp_QWSb4TAV6_RE1EiZSplkc4SU_2k9u2FFqyFyH-BIyj3VqSfJSXktLXoOSGxBGZpapz31CRLegyesg

22:01 de.rt.com: **Finanzminister Lindner für Milliardenunterstützung: "Die Ukraine muss gewinnen"**

Während Finanzminister Christian Lindner (FDP) gern auf eine maßvolle Fiskalpolitik pocht, wenn es um den hiesigen Sozialstaat geht, rechtfertigt er einen sehr tiefen Griff in die öffentlichen Kassen für den ukrainischen Staat mit einer simplen Formel.

Bisher ist die Ukraine weder NATO-Mitglied noch EU-Staat. Dennoch ist es an den Bürgern der Mitgliedsstaaten beider Verbände, den Sieg der Ukraine sowie den Haushalt des Staates,

der bis vor kurzem vielen kaum bekannt war, zu finanzieren. Das geht nicht allein durch Frieren und Fahrradfahren.

Wie Finanzminister Christian Lindner (FDP) am Mittwoch erklärte, seien akut mehrere Milliarden Euro notwendig, um den ukrainischen Staat zu stützen. Denn, wie der FDP-Politiker im Gespräch mit der Zeitung Die Welt argumentierte, die Ukraine müsse unbedingt gewinnen.

Zuvor hatte die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin und jetzige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärt, dass hohe Investitionen der Europäischen Union für den Wiederaufbau der Ukraine nach einem möglichen Kriegsende im Interesse der Staatengemeinschaft lägen. Neben einer auch gern von ukrainischen Politikern betonten aber selten weiter erklärten Verantwortung erwähnte von der Leyen am Mittwoch in Brüssel ein strategisches Interesse daran.

Die Ukraine verteidige im Krieg gegen Russland europäische Werte. Sie sagte:

"Wir werden weiter an der Seite der Ukraine stehen, in diesem Krieg und wenn das Land wieder aufgebaut wird."

Die Kriegsschäden in der Ukraine gehen Schätzungen zufolge schon jetzt in die Hunderte Milliarden Euro. "Angesichts des Umfangs der voraussichtlich erforderlichen Darlehen" bringt die EU-Kommission unter anderem eine Finanzierung etwa über die gemeinsame Aufnahme weiterer Schulden ins Spiel, die die Brüsseler Behörde im Namen der Mitgliedstaaten aufnehmen könnte – wie beim Corona-Aufbaufonds. Brisant ist dies auch deshalb, weil Deutschland und andere Länder diesen Schritt während der Pandemie als einmalig ansahen.

Doch weiterhin müsse kurzfristig geholfen werden, um den Staatshaushalt zu stützen, also laufende Kosten zu decken. Dazu schlug von der Leyen für das laufende Jahr eine neue Makrofinanzhilfe in Höhe von neun Milliarden Euro vor. Die EU-Staaten und das Europaparlament müssten dieser Neuverschuldung noch zustimmen.

Von den rund neun Milliarden Euro sollten laut dem deutschen Finanzminister, der hierzulande einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters nicht abgeneigt ist und dies mit einer "maßvollen Fiskalpolitik" erklärt, unter anderem Renten und Pensionen gezahlt werden. Über die genauen Summen werde bei dem G7-Finanzministertreffen gesprochen. Klar sei, dass man das Land zahlungsfähig halten müsse, denn, so Lindner:

"Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen."

Insgesamt hat die EU die Ukraine den Angaben zufolge seit Ende Februar bereits mit 4,1 Milliarden Euro unterstützt. Hinzu kommen 1,5 Milliarden Euro für die Finanzierung von Waffen und militärischer Ausrüstung. Weitere 500 Millionen Euro wurden bereits politisch bewilligt.

Unmittelbar vor dem G7-Finanzministertreffen auf dem Petersberg bei Bonn hat am Mittwoch auch US-Finanzministerin Janet Yellen die Forderung nach mehr Finanzhilfen für die Ukraine bekräftigt. Sie werde die anderen Finanzminister auffordern, wie die USA ihre Unterstützung für Kiew noch weiter zu erhöhen, sagte die Politikerin am Mittwoch in Königswinter. Sie betonte:

"Sie brauchen unsere Hilfe und sie brauchen sie jetzt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6285474648fbef42910622dd.jpg>

22:15 de.rt.com: **LVR: Ehemalige ukrainische Soldaten helfen bei der Bergung der Leichen ihrer Kameraden**

Wie die Agentur RIA Nowosti in ihrem Telegram-Kanal [meldet](#), wurden ukrainische Soldaten, die ihre Waffen freiwillig niedergelegt haben, dazu aufgerufen, die Leichen ihrer Kameraden einzusammeln, die beim Rückzug der ukrainischen Truppen in der Lugansker Volksrepublik (LVR) zurückgelassen worden sind.

In dem Videobericht wird erwähnt, dass bei der Bergung mit großer Vorsicht vorgegangen werden muss, da die ukrainischen Kämpfer die Leichen ihrer Kameraden häufig mit verborgenen Minen präpariert hätten. Daher käme es oft zu weiteren Opfern bei den Bemühungen, die sterblichen Überreste der Soldaten zu bergen. Die Leichen würden dann von der LVR den ukrainischen Behörden übergeben.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JL1-mvdH65iQtpJtEfsI5VEwyk7jJuM-v1HKQot6XQMBnp2GyUVqL4t1I3jpwXzDZ9lvO-Lm46dmke5ML7EJxGPqtWu2CGIDyZIDd5-C5j8QPIFMYkiOVbJyIVg2gOoixMeZpwuCzW9rVcc2n22Tfz7o7G0zGK3EyHidpUUjkBDyBJ4hZP-2lN3kdSl6ibITFdevMwb6houCTYIRp2ZZgrAL6KuKQ0QB0vYS3MbmFn9Z7KTLMFHqG8dliEaW4SyYBXIQpt-590kICY4VM3G7t0kyijW1oTUXRsW9FU04ozPejqid8JbTbxsT7f9pm8oUVPuMqflpi_4zfLeeiBJnw

22:28 de.rt.com: **Tschetschenencheff Kadyrow: Zu Beginn der Militäroperation gab es Fehler, jetzt läuft alles nach Plan**

Laut Äußerungen von Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, wurden zu Beginn der Militäroperation in der Ukraine Fehler gemacht, doch nun würden die Militäraktionen planmäßig verlaufen. Die von Präsident Putin gestellten Aufgaben würden hundertprozentig erfüllt.

Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, hat auf dem russischen Bildungsmarathon Nowyje Gorizonty (zu Deutsch: Neue Horizonte) gesprochen, der unter Beteiligung der Gesellschaft Snanije (zu Deutsch: Wissen) organisiert wurde. Während seiner Rede beantwortete er einige Fragen, darunter auch solche zum Krieg in der

Ukraine.

Kadyrow zufolge seien zu Beginn der Militäroperationen gewisse Fehler gemacht und Unzulänglichkeiten zugelassen worden. Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik sagte:

"Die Lage ist ruhig, wir gehen nach dem Plan vor, denn der Präsident hat uns den Auftrag erteilt und wir erfüllen den hundertprozentig. Am Anfang gab es Fehler, es gab einige Unzulänglichkeiten, aber jetzt sind wir hundertprozentig auf dem richtigen Weg, und wir werden die Ukraine von diesen Satanen befreien."

Er betonte auch, dass Russland in der Ukraine ja nicht gegen die Ukrainer, sondern gegen die NATO kämpfe. Kadyrow begründete diese Ansicht damit, dass die NATO-Länder die ukrainische Armee ausstatten und bewaffnen. Er antwortete auch auf die Frage, ob in Russland eine Mobilmachung wahrscheinlich sei. Dazu sagte das tschetschenische Oberhaupt: "Mir wird oft diese Frage gestellt, ob es stimmt, dass es eine Mobilmachung geben wird. Ich antworte, dass niemand die Mobilmachung erklären sollte – wir sollten uns alle mobilisieren und vereinigen, uns um unseren Präsidenten stellen und die Sicherheit unseres Staates gewährleisten. Das ist es, was Patriotismus ausmacht."

Anfang Mai berichtete CNN unter Berufung auf Regierungsbeamte der USA und anderer westlicher Länder, dass Putin der Ukraine am "Tag des Sieges" wohl offiziell der Ukraine den Krieg erklären könnte, was "eine vollständige Mobilisierung der russischen Reserven" ermöglichen würde. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow bezeichnete solche Berichte als "Unsinn".

Am 24. Februar startete Russland eine militärische Sonderoperation in der Ukraine, deren Ziele Präsident Putin als "Entnazifizierung" und "Entmilitarisierung" des Landes bezeichnete. Gleichzeitig sagte Dmitri Peskow, dass die Dauer der Operation von der "Effektivität und Konsequenz" abhängen und vom Oberbefehlshaber, dem Präsidenten, bestimmt werden würde. Im April sagte Wladimir Putin, die Militäroperation in der Ukraine hätte schneller voranschreiten können, aber das hänge von der Intensität der Feindseligkeiten ab. Das russische Staatsoberhaupt sagte:

"Wenn es um die Operation selbst geht, höre ich oft Fragen wie: 'Könnte sie schneller durchgeführt werden?' Ja, aber das hängt von der Intensität der Kämpfe ab. Und die Intensität der Kämpfe ist leider auf die eine oder andere Weise mit Opfern verbunden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284fe1ab480cc08ac3af090.jpg>

23:00 de.rt.com: **OVKS-Generalsekretär Sas trifft SOZ-Generalsekretär Zhang Ming**

Vor dem Hintergrund der angespannten internationalen Lage fand ein Treffen zwischen dem OVKS-Generalsekretär, Stanislaw Sas, und dem SOZ-Generalsekretär, Zhang Ming, statt. Die Parteien tauschten sich über aktuelle Themen aus und erörterten die weitere Zusammenarbeit. Am 18. Mai 2022 traf der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive

Sicherheit (OVKS), Stanislaw Sas, mit dem Generalsekretär der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Zhang Ming, zusammen. Während des Gesprächs kam es zu einem produktiven Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der globalen und regionalen Sicherheit, die für beide Organisationen von Interesse sind.

Insbesondere sagte der OVKS-Generalsekretär, dass die Organisation das Wachstum der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit genau verfolge. Sas erklärte:

"Die OVKS verfolgt das Wachstum Ihrer Organisation mit großer Genugtuung. Wir wissen, dass die Autorität der SOZ in der internationalen Arena auf den sehr soliden Grundsätzen beruht, die bei der Gründung Ihrer Organisation festgelegt wurden: Einhaltung des Völkerrechts, Achtung und Rücksichtnahme auf die Interessen der anderen, Aufbau eines gemeinsamen und einheitlichen Sicherheitsraums."

Sas informierte den SOZ-Generalsekretär auch über die wichtigsten Ergebnisse des Treffens der Staats- und Regierungschefs der OVKS-Mitgliedstaaten vom 16. Mai 2022. Das Treffen war dem 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit und dem 20. Jahrestag der Gründung der OVKS gewidmet.

Seinerseits sprach sich der Generalsekretär der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, Zhang Ming, gegen eine weitere NATO-Erweiterung aus. Zhang Ming sagte, die NATO sei unter dem Eindruck des Kalten Krieges entstanden, was in der heutigen Welt nicht mehr notwendig sei. Er erklärte:

"Die NATO wurde im Rahmen der Denkweise des Kalten Krieges gegründet. In den letzten 30–35 Jahren haben wir die friedliche und stabile Entwicklung der Zivilisation verfolgt, wir haben die Prozesse der Multipolarität und der wirtschaftlichen Globalisierung gesehen. Die meisten UN-Mitgliedstaaten haben große wirtschaftliche Fortschritte gemacht. Meiner Meinung nach ist diese Entwicklung jedoch keineswegs auf die NATO zurückzuführen. Ich verstehe nicht, warum die NATO jetzt nach Osten expandiert."

Darüber hinaus habe es eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Aussichten für eine weitere Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der OVKS und der SOZ gegeben. Es sei auch festgestellt worden, dass es einen soliden rechtlichen Rahmen und verschiedene Formen der Interaktion gebe, einschließlich der Praxis von Treffen der höchsten Verwaltungsbeamten der Organisationen und der gegenseitigen Teilnahme an von der OVKS und der SOZ organisierten Veranstaltungen.

Die SOZ ist eine im Jahr 2001 gegründete internationale Organisation. Zu ihren Mitgliedern gehören China, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Pakistan und Usbekistan. Beobachterländer sind Afghanistan, Weißrussland, Iran und die Mongolei; Partnerländer sind Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka und die Türkei. Auf dem SOZ-Gipfel in Duschanbe im September 2021 wurden Verfahren eingeleitet, um den Iran in die Organisation aufzunehmen und Ägypten, Katar und Saudi-Arabien den Status von Dialogpartnern zu verleihen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62853ffbb480cc12a621c405.jpg>

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Russland schließt das Moskauer Büro des kanadischen Fernsehsenders CBC**

Das russische Außenministerium hat die Schließung des Büros des kanadischen Fernsehsenders CBC in Moskau angekündigt. Die Maßnahme sei eine Reaktion auf das Verbot der englischen und französischen RT-Sendungen, so die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Russland werde das Büro des kanadischen Fernsehsenders CBC in Moskau schließen und die Visa für dessen Journalisten aufheben. Dies hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bei einem Briefing gesagt. Sie erklärte:

"Es wurde beschlossen, Vergeltungsmaßnahmen gegen das Vorgehen Kanadas zu ergreifen, nämlich die Schließung des Moskauer Büros des staatlichen kanadischen Rundfunksenders CBC, einschließlich der Annullierung von Akkreditierungen und russischen Visa für dessen Journalisten."

Sacharowa wies darauf hin, dass sich die Maßnahme nicht gegen die kanadische Bevölkerung richte. Ihrer Meinung nach verfolge Ottawa einen offen russophoben Kurs und CBC habe sich in ein Propagandasprachrohr verwandelt, das Fälschungen über Russland verbreitet. Das sei aber nicht der Grund für die Schließung des Büros, sondern die Maßnahmen gegen die russischen Medien, erklärte Sacharowa.

Laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums werden alle restriktiven Maßnahmen gegen Russland nicht unbeantwortet bleiben und "eine Reaktion ist unvermeidlich". Zuvor hatte Russland ähnliche Vergeltungsmaßnahmen gegen die Deutsche Welle verhängt. Der staatliche Rundfunksender CBC wurde im Jahr 1941 gegründet. Neben Kanada und Moskau unterhält die Medienanstalt Büros in Washington, New York, Los Angeles, London und Peking.

Kanada hatte Mitte März den russischen Fernsehsender RT in englischer und französischer Sprache verboten, weil er "nicht im öffentlichen Interesse" sei. Kanadischen Sendern wurde die Verbreitung der Signale von RT und RT France untersagt. RT war zuvor in der EU, Australien und Großbritannien verboten.

Anfang Februar hatte die deutsche Medienaufsichtsbehörde RT DE die Ausstrahlung in Deutschland untersagt, da der Sender keine Lizenz besitze. Der russische Sender erklärte, dass das Recht zur Ausstrahlung im Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen verankert ist und dass er über eine Lizenz in Serbien verfüge. Das russische Außenministerium verbot daraufhin der Deutschen Welle den Sendebetrieb in Russland und schloss ihre Büros. Das russische Justizministerium setzte den deutschen Sender Ende März auf seine Liste der ausländischen Agenten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6285296eb480cc08ac3af0b9.jpg>

6:15 de.rt.com: **Zeichen der Entspannung? Russland öffnet die Landgrenze zu Georgien**
Am Dienstag hat die russische Regierung bislang bestehende Reisebeschränkungen nach Georgien aufgehoben. Politische Beobachter sehen darin ein Signal für weitere Entspannungsschritte in Richtung der sich derzeit konstruktiv gebenden georgischen Regierung.

Auf dem offiziellen Internetportal für Rechtsinformationen wurde ein Erlass der russischen Regierung veröffentlicht, wonach für Reisen über die Landgrenzen nach Georgien keine Rechtfertigung mehr erforderlich ist.

Bisher musste für das Überschreiten der Landgrenze zwischen Russland und Georgien nachgewiesen werden, dass der Zweck der Reise ein Studium, eine Arbeit, eine medizinische Behandlung oder andere zwingende Gründe waren. Solche Beschränkungen für dieses und andere Länder wurden durch die Regierungsverordnung Nr. 763-p vom 27. März 2020 eingeführt, die den Verkehr an Straßen-, Bahn-, Fußgänger- und anderen Grenzübergangsstellen aufgrund der Corona-Pandemie vorübergehend eingeschränkt hatte. Seit dem Südossetien-Krieg im August 2008 sind die Beziehungen Russlands zu seinem südlichen Nachbarn angespannt. Direkter Reiseverkehr fand nicht statt, Kooperationen lagen auf Eis und georgische Produkte unterliegen Sanktionen. In dem laufenden russisch-ukrainischen Konflikt hat sich die derzeitige Regierung Georgiens jedoch unerwartet zurückhaltend und konstruktiv verhalten. So wurde das ukrainische Ansinnen, Georgien möge im Kaukasus eine "zweite Front" gegen Russland eröffnen, deutlich zurückgewiesen. Auch weigerte sich das Land, sich westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. In der Folge wurden in der russischen Politik Stimmen laut, diese Politik Georgiens zu honorieren und die Beziehungen der beiden historisch und wirtschaftlich eng verbundenen Länder zu erneuern. Die jetzt eingeführten Reiseerleichterungen dürften ein Signal und ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Die russischen Automobilclubs haben zugleich darauf hingewiesen, dass auch Reisen mit dem eigenen PKW nach Georgien wieder möglich sind. Dazu ist der vorerst einzige Straßengrenzübergang "Oberer Lars" zu nutzen. Reisewillige müssen beachten: Für die Einreise ist auf der georgischen Seite ein aktueller PCR-Test oder der Nachweis einer vollständigen Impfung vorzulegen. Der russische Sputnik-Impfstoff wird wie jeder andere Zweikomponenten-Impfstoff akzeptiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6284e7b048fbef7e4a4ab92f.jpg>

7:00 de.rt.com: **US-Senator: USA könnten wegen der Ukraine kollabieren**

Unkontrollierte Hilfe für die Ukraine könnte zum finanziellen Zusammenbruch der USA führen, so US-Senator Rand Paul in einer Kolumne für das Magazin Federalist.

Der Politiker war zuvor mit einem im US-Kongress eingebrachten Gesetzentwurf nicht einverstanden und blockierte eine beschleunigte Abstimmung über ein 40 Milliarden US-Dollar schweres Rettungspaket für Kiew, indem er einen Änderungsantrag einbrachte, der

eine strengere Aufsicht über die Verwendung der an die Ukraine gesandten Mittel vorgesehen hätte. Paul erklärte:

"Wir können unseren eigenen Staat nicht in den Ruin treiben, indem wir uns auf einen weiteren ausländischen Konflikt einlassen. Mit einer Staatsverschuldung von 120 Prozent des BIP, einer seit den 1980er-Jahren ungezügelter und beispiellosen Inflation und erheblichen Unterbrechungen der Versorgungskette müssen die Vereinigten Staaten zunächst ihre eigene Wirtschaft sanieren und erst dann anderen Nationen helfen."

Der Republikaner stellte fest, dass die Inflation in den USA seit der COVID-19-Pandemie ein 40-Jahres-Hoch erreicht hat. So haben sich die Benzinpreise seit dem vergangenen Jahr fast verdoppelt, die Energiepreise sind um 32 Prozent gestiegen, die Lebensmittelpreise haben sich um neun Prozent erhöht und Gebrauchtwagen werden den Durchschnittsamerikaner nun mehr als ein Drittel mehr kosten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285ca3bb480cc64671f3bdb.jpg>

7:30 de.rt.com: **Gebiet Kursk: Ein Toter nach Beschuss durch ukrainisches Militär**
Bei ukrainischen Angriffen auf das Dorf Tetkino im Gebiet Kursk wurde mindestens eine Person getötet. Dies [teilte](#) der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit auf seinem Telegram-Kanal mit.

"Ein weiterer feindlicher Angriff auf Tetkino, der im Morgengrauen stattfand, endete leider in einer Tragödie. Zurzeit ist mindestens ein ziviles Opfer bekannt. Ersten Berichten zufolge war er der Fahrer eines Lieferwagens, der Rohstoffe zur Brennerei transportierte. Der Feind hat die Anlage mehrmals beschossen. Es gibt auch Verwundete. Sie erhalten Erste Hilfe." In der Siedlung wurde ein Brand gelöscht, der mehrere Häuser beschädigt habe. Starowoit zufolge gibt es Berichte über nicht explodierte Granaten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 19.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

20 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 9 Geschosse mit 152mm- und 122mm-Artilleriegeschützen auf Perwomajsk abgefeuert.

Durch Beschuss wurden **zwei Menschen (ein Mann, geb. 1978, und eine Frau, geb. 1951)**

verletzt, 4 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Nach Angaben unserer Aufklärung haben nationalistische Formationen in Tschapajewo in der Nähe von Bachmut unter Leitung westlicher Instrukteure schon mehrfach die Taktik eingesetzt, sich hinter örtlichen Einwohnern zu verstecken, sie jagen Bürger in die Keller ihrer eigenen Häuser und rüsten in ihren Häusern Feuestellungen aus, eine große Zahl solcher Stellungen wie in Straßen festgestellt, die in Richtung Popasnaja führen.

Außerdem treiben Kämpfer der Ukraine in Schewtschenko Einwohner gewaltsam in Verwaltungsgebäude und quartieren dort Personal ein, um die Gebäude in befestigte Feuerpunkte zu verwandeln und die Einwohner im weiteren als „lebenden Schild“ zu nutzen. So befinden sich die Einwohner dieser Ortschaften praktisch in Gefangenschaft der bewaffneten Formationen der Ukraine.

Die betroffenen Einwohner der Ortschaften müssen sich an die Stadtverwaltung wenden, dort zeitweilig unterbracht werden, bis die Frage ihres Wohnraums und der Rückgabe ihrer Immobilien geregelt ist.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

8:10 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Unkluge makroökonomische Maßnahmen des Westens haben zur weltweiten Nahrungsmittelkrise geführt**

Die unklugen makroökonomischen Maßnahmen des Westens untergraben die Ernährungssicherheit in der Welt. Darauf wies der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow am Mittwoch hin. Die Probleme in diesem Bereich hätten lange vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine begonnen. Laut dem Pressedienst der diplomatischen Vertretung erklärte er:

"Die Ernährungssicherheit wird seit mehreren Jahren durch die unklugen makroökonomischen Maßnahmen des Westens untergraben, die durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie noch verschärft werden. Mit anderen Worten, die Probleme haben schon lange vor der russischen Sonderoperation in der Ukraine begonnen."

Antonow fügte hinzu, dass sich die Nahrungsmittelkrise nach einer Welle "einseitiger und unrechtmäßiger antirussischer Sanktionen, die das Vertrauen in westliche Regierungen aufgrund der Unvorhersehbarkeit ihrer Handlungen untergraben, Lieferketten unterbrochen und Störungen der internationalen Finanzströme verursacht haben", verschärft habe.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass "die Behauptung des Westens, seine Verbote betreffen nicht die Lieferung von Lebensmitteln und Düngemitteln, ein Trugschluss" sei, denn "die Lage auf den globalen Lebensmittelmärkten wird unmittelbar von den Sanktionen im Finanz- und Verkehrsbereich beeinflusst".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285c7f8b480cc64c7684c50.jpg>

8:40 de.rt.com: **Ex-US-General gibt Bilder aus einem Videospiel als Erfolg der ukrainischen Armee aus**

Der pensionierte US-General und MSNBC-Mitarbeiter Barry McCaffrey hat auf Twitter ein Video aus dem Videospiel Arma 3 veröffentlicht und es als Zerstörung eines russischen Flugzeugs durch die ukrainische Luftabwehr ausgegeben. Darauf wies [Fox News](#) hin. McCaffrey kommentierte die Aufnahmen wie folgt:

"Ein russisches Flugzeug von ukrainischer Rakete getroffen. Die Russen verlieren eine große Anzahl von Jagdflugzeugen. Die ukrainische Luftverteidigung wird zu einer echten Bedrohung."

Ein Twitter-Nutzer wies in den Kommentaren bezüglich des Beitrags darauf hin, dass es sich um Videoaufnahmen aus einem Videospiel handelt. Wenig später löschte McCaffrey das Video.

Ein Screenshot über den Fake des Offiziers verbreitete sich jedoch im Internet. Der Fehler wurde auch von der britischen Zeitung Daily Mail und dem Telegram-Kanal War on Fakes aufgegriffen.

Die US-amerikanische Journalistin Beckett Adams stellte McCaffreys Kompetenz in Frage. Sie schrieb auf Twitter:

"Man sollte meinen, dass ein General im Ruhestand mit Erfahrung und Auszeichnungen eigentlich wissen müsste, wie so etwas wirklich aussieht. Das Video war eindeutig animiert."



Barry R McCaffrey 
@mccaffreyr3

Russian aircraft getting nailed by UKR missile defense. Russians are losing large numbers of attack aircraft. UKR air defense becoming formidable.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285d69a48fbef42a42035f2.jpg>

9:25 de.rt.com: Melnyk: **NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde Atomkriegsrisiko senken**

Nach Meinung des ukrainischen Botschafters in Deutschland Andrej Melnyk würde ein schneller NATO-Betritt der Ukraine das Risiko eines Atomkriegs deutlich senken. Am Donnerstag sagte Melnyk den Zeitungen der Funke Mediengruppe:

"Wenn die Ukraine im Bündnis wäre, sinkt das Risiko eines Atomkrieges. Dann würde Putin wissen: Würde die Ukraine mit Nuklearwaffen angegriffen, müsste er mit einem atomaren Gegenschlag rechnen. Das würde ihn davon abhalten."

"Klar ist: Wir wollen schnell in die NATO. Das kann genauso rasch gehen wie im Fall von Schweden oder Finnland. Es bräuchte nur eine rein politische Entscheidung, um die Ukraine zügig ins Bündnis zu integrieren."

Schweden und Finnland hatten am Mittwochmorgen offiziell die Aufnahme in die Verteidigungsallianz beantragt. Allerdings blockiert die Türkei die Aufnahme des Verfahrens vorerst. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte zuvor mehrfach deutlich gemacht, dass er einem Beitritt Finnlands und Schwedens nicht zustimmen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285e5ddb480cc64884bdea8.jpg>

9:32 de.rt.com: **Russlands Militär warnt vor Butscha-ähnlicher Provokation in der Volksrepublik Donezk**

Die Ukraine plant laut dem russischen Verteidigungsministerium in Donezk eine Provokation nach dem Muster von Butscha. Demnach sollten "Kämpfer in der Uniform russischer Militärangehöriger" ukrainische Zivilisten vor laufender Kamera erschießen.

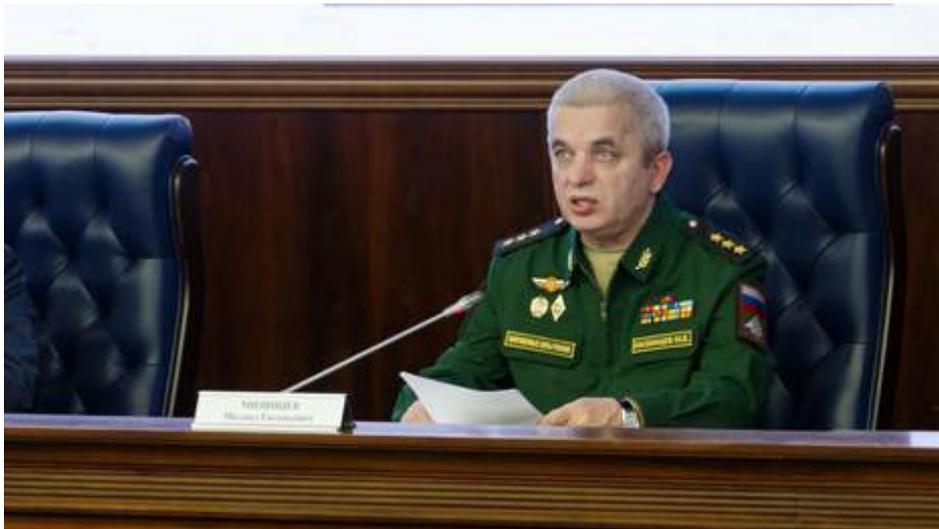
Kiew plant, in der Volksrepublik Donezk eine neue Provokation ähnlich der in der ukrainischen Stadt Butscha zu organisieren, um die russischen Streitkräfte für die Todesfälle verantwortlich zu machen. Dies sagte der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums Russlands Michail Misinzew. Er gab an, dass der Plan vom kapitulierten ukrainischen Militär enthüllt worden sei.

Der hohe Militärbeamte erklärte, dass dafür "Kämpfer in der Uniform russischer Militärangehöriger" in der Stadt Konstantinowka vor laufender Kamera auf ukrainische Zivilisten schießen mussten.

Misinzew wies darauf hin, dass die Fotos und Aufzeichnungen von "diesem abscheulichen Verbrechen", die auch aus Autos gemacht worden seien, die angeblich zufällig durch das Gebiet gefahren seien, von den Spezialisten des Zentrums für psychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte "nach der Befreiung dieser Stadt durch die russischen Streitkräfte" an die westlichen Medien verteilt würden.

"Die Raffinesse solcher zynischer und grausamer Provokationen auf Anregung ausländischer Kuratoren hat ohne Übertreibung alle bestehenden moralischen Normen ausgelöscht, während moderne ukrainische Nationalisten vor dem Hintergrund der angewandten unmenschlichen Methoden zu 'Erben' der Nazis aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges" geworden seien, so Misinzew.

Der Offizier berichtete auch, dass die ukrainische Seite weiterhin große Krankenhäuser, Wohngebäude, Kirchen, Kindergärten, Schulen und andere zivile Infrastruktur beschlagnahmt, um Kampfeinheiten unterzubringen und ihre Waffen einzusetzen. Er wies ferner darauf hin, dass die Zivilbevölkerung als "menschlicher Schutzschild" benutzt werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6285f252b480cc04e8566222.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 216 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 5 wurden verletzt**. 11 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 5 Feuerstellungen, einen 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“, 2 Panzerfahrzeuge und 2 Sturmfahrzeuge „Pegas“ vernichtet. Ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer „BM-21 „Grad“, 3 Panzerfahrzeuge und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten besetzten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, bemühen Sie sich, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung von ukrainischen Kriegsverbrechern mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet.

9:40 de.rt.com: Medienbericht: Biden will Ukraine nicht mit Raketenwerfern beliefern – Reichweite bis ins russische Staatsgebiet könnte Lage weiter eskalieren

Kiew ist enttäuscht: Die ukrainische Seite hat die USA seit Monaten um die Entsendung von Mehrfachraketenwerfern "angefleht", schreibt das Magazin Politico mit Verweis auf eine anonyme Quelle. Im Weißen Haus habe man sich aber zurückgehalten:

"Aus der Befürchtung heraus, dass diese Waffen für Angriffe auf Russlands Staatsgebiet verwendet werden könnten, wodurch der Konflikt ausgeweitet und verlängert würde."

Grundsätzlich sei die US-Regierung nach wie vor besorgt, dass eine Lieferung von US-Mehrfachraketenwerfern und ähnlichen Systemen von Moskau als Verschärfung der Situation

angesehen werden könnte. Die ukrainischen Streitkräfte könnten mit solchen Waffen "aus einer relativ sicheren Entfernung feuern, sich schnell zurückziehen und abziehen, bevor russische Drohnen und Artillerie ihren Standort entdecken können".

Zwar ist die Höchstreichweite der Mehrfachraketenwerfer M270 (Kette) und M142 (Rad) mit 45 Kilometern nichts Außergewöhnliches. Kiew verfügt mit dem Raketenartilleriesystem Smertsch und der aufgrund von Beschüssen von Zivilisten berüchtigten Gefechtsfeldrakete Totschka-U über Waffen, die mit 70 und 120 Kilometern deutlich weiter schießen können. Doch beide US-Werfer können vor allem auch ballistische Gefechtsfeldraketen vom Typ ATACMS tragen, die bis zu 310 Kilometer weit fliegen – der Werfer auf Ketten zwei Stück, der auf der Radplattform eine.

Das MLRS, so Politico weiter, steht seit Monaten ganz oben auf der Wunschliste der Ukraine. Die US-Regierung teilte dem Magazin mit, dass die beiden Länder weiterhin "aktiv über die Lieferung der Systeme diskutieren", doch nicht alles, was Kiew verlangt, könne auch schnell geliefert werden. "Wir müssen Entscheidungen darüber treffen, welche Waffensysteme die größten Erfolge bringen", erklärte die Quelle.

In den vergangenen Wochen habe die US-Regierung, als die Begeisterung im Kongress über die Billigung weiterer Mittel für die Ukraine zu schwinden begann, beschlossen, dass es "effizienter und vernünftiger ist, 90 M777-Haubitzen zu schicken, weil mehr von ihnen zugestellt werden können" und für sie auch mehr Munition als für die Raketenwerfer zu den gleichen Kosten zur Verfügung gestellt werden kann.

In Kiew herrscht "definitiv wachsende Unzufriedenheit" über die neuen Vorbehalte gegenüber der Militärhilfe, stellt Politico fest. Erst am Dienstag forderte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow eine schnelle Lieferung von "Panzern, Panzerfahrzeugen, Langstreckenwaffensystemen, Mehrfachraketenwerfern, schwerer Artillerie, Kampfflugzeugen und Langstreckenflugkörpern".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62864a1748fbef47ea66e8ff.jpg>

11:10 (10:10) **novorosinform.org: 771 Asow-Kämpfer aus „Asowstal“ ergaben sich innerhalb der letzten 24 Stunden – Russisches Verteidigungsministerium**

Generalmajor Igor Konaschenkov, offizieller Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, erklärte, dass sich in den letzten 24 Stunden 771 Kämpfer der nationalistischen Asowschen Einheit im blockierten Asowstal-Stahlwerk in Mariupol ergeben hätten.

Dies sagte der Generalmajor während des morgendlichen Briefings des russischen Verteidigungsministeriums.

„In den letzten 24 Stunden haben sich 771 Kämpfer der Asowschen nationalistischen Einheit im blockierten Azowstal-Hüttenwerk in Mariupol ergeben“, so der Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Er präzisierte, dass seit dem 16. Mai 1.730 Kämpfer, darunter 80 Verwundete, ihre Waffen niedergelegt und sich im Werk Asowstal ergeben hätten. Alle verwundeten ukrainischen

Soldaten würden zur stationären Behandlung in medizinische Einrichtungen in Nowoasowsk und Donezk gebracht.

Laut Konaschenkow führen die russischen Streitkräfte weiterhin eine spezielle Militäroperation in der Ukraine durch.

Die Behörde [veröffentlichte](#) auf ihrem Telegram-Kanal ein Video über die Kapitulation ukrainischer Nationalisten in Asowstal.



https://novorosinform.org/content/images/47/76/44776_720x405.jpg

11:30 (10:30) [novorosinform.org](#): **Rückkehr ins 13. Jahrhundert.**

Das Denkmal für [Alexander Newski](#) nahe Charkow wurde abgerissen. Es war anlässlich der Feierlichkeiten zum 350. Jahrestag von Charkow errichtet worden.

Ukrainische Nationalisten kämpfen weiter mit ihrer Vergangenheit. Im Internet erschien ein [Video](#), das den Moment der Demontage des Denkmals in Saltowka in der Region Charkow festhielt. Das Video ist auf dem Telegram-Kanal Readovka zu finden.

Auf der gezeigten Aufnahme ist zu sehen, wie die Steinfigur, die 2004 anlässlich der 350-Jahr-Feier von Charkow aufgestellt wurde, mit einem Kabel gestürzt wird. Die Skulptur fiel zu Boden, wodurch sie in mehrere Teile zerbrach. Später wurden die Überreste des Denkmals zur nächsten Mülldeponie gebracht.

Zuvor wurde das Denkmal wiederholt von Vandalen angegriffen. Regelmäßig wurde ihm das Eisenschwert aus der Hand gestohlen, das mehrmals an seinen ursprünglichen Platz zurückgebracht wurde.



https://novorosinform.org/content/images/47/78/44778_720x405.jpg

10:36 de.rt.com: **"Ohne Ukraine-Bezug" – Tausende Soldaten und viel Kriegsgerät bei NATO-Übung Wettiner Heide**

Seit Anfang Mai finden in Europa groß angelegte Militärübungen statt. Zigtausende Soldaten üben Methoden der Kriegsführung. In Deutschland laufen gerade zwei Manöver. Das Training habe aber nichts mit dem Ukraine-Konflikt zu tun, betont die NATO.

Jedes Jahr finden in Ost- und Westeuropa militärische Großmanöver der NATO statt. Das diesjährige Training der Allianz startete Anfang Mai. In einer Pressemitteilung auf der NATO-Webseite heißt es: "In Deutschland sind 7.500 Soldaten an der NATO-Übung "Wettiner Heide" beteiligt."

Auch in der Oberlausitz trainieren seit Wochen mehr als 1.000 US-Amerikaner und Deutsche gemeinsam, wie der Mitteldeutsche Rundfunk berichtet. Nach Aussagen der Bundeswehr nehmen US-Soldaten des 8. Infanterieregiments des US-Heeres aus Colorado an dem gemeinsamen Training teil. Deutschland wird von den Angehörigen des Panzergrenadierbataillons 212 aus dem ostwestfälischen Augustdorf vertreten.

"Für uns ist diese Übung eine hervorragende Gelegenheit, intensiv und im Verbund mit unseren amerikanischen Partnern das hochintensive Gefecht in allen Facetten zu trainieren", zitiert der MDR den Kommandeur der Augustdorfer Panzergrenadiere Oberstleutnant Matthias Greune. Wie die Bundeswehr und die NATO-Vertreter einstimmig betonen, seien die Truppenübungen im Vorhinein geplant gewesen und hätten mit den Kampfhandlungen in der Ukraine nichts zu tun.

"Übungen wie diese zeigen, dass die NATO stark und bereit ist, unsere Nationen zu schützen und sich gegen jede Bedrohung zu verteidigen", sagte NATO-Sprecherin Oana Lungescu. Sie fügte hinzu, dass es sich dabei um regelmäßige Manöver handele. "Die NATO-Übungen sind defensiv, transparent und stehen im Einklang mit unseren internationalen Verpflichtungen", so Lungescu.

Bis Ende Mai sollen die NATO-Übungen in Europa noch andauern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6285f6d948fbef453f102e66.jpg>

11:37 (10:37) novorosinform.org: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten ukrainische Buk-M1- und S-300-Divisionen**

Hochpräzise luftgestützte Raketen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten eine Division von S-300-Flugabwehrraketensystemen bei Bolschije Lomzaki in der Region Nikolajew und eine Division des Luftverteidigungssystems Buk-M1 bei Slawjanogorsk in der DVR, berichtete das russische Verteidigungsministerium.

Dies teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, während des morgendlichen Briefings mit. Seine Erklärung wurde im offiziellen Telegram-Kanal der Behörde veröffentlicht.

Darüber hinaus haben die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte tagsüber sieben Kommandoposten mit hochpräzisen luftgestützten Raketen getroffen, darunter die Kommandoposten der 24. motorisierten Infanterie-Brigade der Streitkräfte der Ukraine in Nikolajewka und der 104. Brigade der Territorialverteidigung in Konstantinowka.

Außerdem wurden 11 Lagerhäuser in der Nähe von Bachmut, Konstantinowka, Iljinka und

Minkowka in der DVR zerstört, in denen Raketen- und Artilleriewaffen und Munition untergebracht waren.

Darüber hinaus trafen hochpräzise Raketen 26 Konzentrationsgebiete des ukrainischen Militärs und der ukrainischen Ausrüstung.



https://novorosinform.org/content/images/47/79/44779_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 19. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 186 Ortschaften, einschließlich Nowogrigorowka (Bezirk Wolnowacha) befreit und vollständig unter Kontrolle genommen.

10:45 de.rt.com: **Über die Hälfte der Asow-Stahl-Garnison hat Werkgelände verlassen und sich ergeben**

Über die Hälfte der im Hüttenwerk Asow-Stahl eingeschlossenen ukrainischen Militärangehörigen soll das Werkgelände bereits verlassen und sich ergeben haben. Dies erklärte das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk in einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live. Er fügte hinzu, dass die Kapitulation sich weiter fortsetze:

"Noch sind nicht alle herausgegangen, der Prozess läuft. [...] Ganz sicher ist mehr als die Hälfte bereits herausgegangen, sie haben die Waffen niedergelegt und die weiße Flagge gehisst."

Puschilin bemerkte, dass verwundete Ukrainer medizinisch versorgt werden.

Am Dienstag hatte der russische Kriegsberichterstatter Alexander Sladkow angegeben, dass sich zum Zeitpunkt der Kapitulation über 2.500 ukrainische Militärs auf dem Werkgelände aufgehalten hätten. Der Pressebericht des russischen Verteidigungsministeriums vom Morgen des 19. Mai bezifferte die Anzahl der seit dem 16. Mai kapitulierten Ukrainer auf 1.730 Personen, davon 771 in den vergangenen 24 Stunden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285f5bdb480cc04e8566228.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Bis zum Morgen des 19. Mai haben sich aus „Asowstal“ 1727 ukrainische Kämpfer in Gefangenschaft begeben.

11:05 de.rt.com: **Scholz: Waffenlieferungen an Ukraine sind keine Eskalation**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sieht entgegen vieler mahnender Stimmen bezüglich deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine keine Gefahr, dass diese zu einer Eskalation des Konflikts beitragen könnten. "Einem brutal angegriffenen Land bei der Verteidigung zu helfen, darin liegt keine Eskalation, sondern ein Beitrag dazu, den Angriff abzuwehren" und den Krieg "schnellstmöglich" zu beenden, erklärte Scholz am Morgen in seiner Regierungserklärung im Bundestag.

Einen Diktatfrieden werde es deshalb nicht geben, so Scholz weiter, "weil die Ukrainerinnen und Ukrainer" den russischen Präsidenten Wladimir Putin "nicht akzeptieren" würden – "Und wir auch nicht". Deshalb werde Putin erst zu Verhandlungen mit der Ukraine bereit sein, wenn er das begreife, sagte der Bundeskanzler.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6285fbd9b480cc5ad0552a5a.jpg>

11:14 de.rt.com: **Kosovo will "ohne weitere Verzögerung" in NATO und EU**

Kosovo möchte in die EU und in die NATO, erklärte Albin Kurti, Premierminister der selbsternannten Republik, am Mittwoch bei einem Besuch in den USA. Allerdings wird Kosovo weder von Serbien noch von der UNO oder gar von allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt.

Kosovo möchte Mitglied der NATO und der Europäischen Union werden, sagte der Premierminister der selbsternannten Republik, Albin Kurti, am Mittwoch bei einem Besuch in den USA. Die abtrünnige serbische Provinz erklärte 2008 mit US-amerikanischer Unterstützung ihre Unabhängigkeit, wurde aber weder von Belgrad noch von der UNO oder gar von allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt.

Kurti gab die Absichten des Kosovo am Mittwochnachmittag bei einer Veranstaltung des Atlantic Council bekannt. Zuvor hatte er sich mit Vertretern der Biden-Administration – darunter der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan und die USAID-Chefin Samantha Power – und mehreren Kongressabgeordneten getroffen. Eine von ihnen, die demokratische Abgeordnete aus Michigan, Elissa Slotkin, sagte dem Kosovo "eindeutige Unterstützung" für die Bestrebungen des Kosovo, "internationalen und regionalen Organisationen, insbesondere der NATO, beizutreten", wie Kurti auf Twitter mitteilte.

Kosovo ist eine Provinz Serbiens, die nach dem 78-tägigen Luftkrieg der NATO im Jahr 1999 von dieser besetzt wurde. Die provisorische Regierung erklärte 2008 ihre Unabhängigkeit und wurde von den USA und vielen ihrer Verbündeten anerkannt, nicht aber von Russland, China und Belgrad selbst. Fünf EU-Mitglieder – Zypern, Griechenland, Rumänien, die Slowakei und Spanien – betrachten das Gebiet ebenfalls als Teil Serbiens, was Kurtis Bewerbung zu einem schwierigen Unterfangen macht.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hat öffentlich bekannt gegeben, dass Belgrad unter enormem Druck seitens der EU stehe, sich den Russland-Sanktionen anzuschließen und Kosovo anzuerkennen – im Gegenzug zu vagen Versprechungen über einen möglichen Beitritt zum Block.

"Ohne weitere Verzögerung in EU und NATO"

Kurti ist der Vorsitzende von Vetevendosje, einer nationalistischen albanischen Partei, die sich gegen jegliche Verhandlungen mit Serbien ausspricht und deren Programm einst die Vereinigung mit Albanien anstrebte. Die USA unterstützten seine Absetzung im März 2020 nach nur sechs Monaten als Premierminister, aber er kam zurück und gewann die Wahlen im Februar 2021 mit einem Erdrutschsieg.

Die Ankündigung vom Mittwoch ist bereits das zweite Mal, dass Kurti öffentlich den Beitritt zur EU und zur NATO als politisches Ziel Pristinas formuliert. Das erste Mal tat er dies am Samstag bei einer Vorlesung, die vom Programm für Albanistik an der DePaul University in Chicago gesponsert wurde. Kurti sagte laut albanischen Medien:

"Kosovo ist eine demokratische Erfolgsgeschichte in der Region, weshalb er Unterstützung braucht, um ohne weitere Verzögerung Mitglied der NATO, der EU und anderer regionaler und internationaler Organisationen zu werden."

Kurti wies zudem darauf hin, dass Kosovo das erste Land gewesen sei, das sich den USA und der EU bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland angeschlossen habe, und erklärte, dass ein "großer Sieg" für den russischen Präsidenten Wladimir Putin wäre, wenn die "Fortschritte" des Kosovo rückgängig gemacht würden.

Putin hatte die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo bei seinem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres im vergangenen Monat in Moskau angesprochen und darauf hingewiesen, dass die USA und ihre Verbündeten einen Präzedenzfall im internationalen Recht geschaffen hätten, den Russland dann auf die Volksrepubliken Donezk und Lugansk angewandt habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6285f557b480cc547e3c2284.jpg>

12:17 (11:17) novorosinform.org: **Truppen der DVR und der Russischen Föderation übernehmen die Kontrolle über ein weiteres Dorf in der Nähe von Wolnowacha**

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR hat die Befreiung des Dorfes Nowogrigrorowka im Bezirk Wolnowacha der DVR vom Kiewer Regime bekannt gegeben.

Wie die Behörde feststellt, erfolgt die Befreiung der vorübergehend besetzten Siedlungen der DVR durch gemeinsame Aktionen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Republik.

...

„Derzeit stehen 186 Siedlungen unter unserer Kontrolle, darunter Nowogrigrorowka im Bezirk Wolnowacha“, hieß es in einer Erklärung. ...



https://novorosinform.org/content/images/47/84/44784_720x405.jpg

11:25 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Baerbock warnt vor weltweiter Hungerkrise – Preisschock am Getreidemarkt droht**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hat angesichts der anhaltenden Kämpfe in der Ukraine vor einer "bisher noch nie dagewesenen" Ernährungskrise gewarnt. "Durch die Blockade ukrainischer Häfen, durch die Zerstörung von Silos, Straßen und Eisenbahnen und insbesondere der Felder von Bauern" sei ein "Kornkrieg" begonnen worden, "der eine globale Nahrungsmittelkrise anfacht", sagte die Grünen-Politikerin während eines Außenministertreffens bei den Vereinten Nationen. "Damit droht sich eine weltweite Ernährungskrise zusammenzubrauen, die es bisher noch nie gegeben hat." 47 Millionen Menschen weltweit drohe deshalb großer Hunger, so Baerbock.

Die Ukraine geht nach Angaben von Agrarminister Mykola Solsky in diesem Jahr von einem Rückgang der Ernteerträge um bis zu 50 Prozent aus. "In diesem Jahr erwarten wir Ernten, die 50 Prozent der letztjährigen betragen werden", erklärte er am Freitag auf einer von den USA initiierten Konferenz zur Ernährungssicherheit. Wegen des Krieges sei zudem auch "die nächste Wintersaat gefährdet". "Tatsächlich steht in diesem Sommer das Schicksal von drei

Ernten auf dem Spiel", so Solsky.

Deshalb müsse sich die Weltgemeinschaft auch darauf einstellen, dass die Weizenpreise künftig auf bis zu 700 US-Dollar je Tonne steigen könnten, mahnte der Agrarminister. Derzeit liege der Preis für eine Tonne Weizen hingegen bei etwa 430 US-Dollar:

"Sind wir bereit, 500, 600, 700 Dollar pro Tonne zu zahlen? Die Situation ist kritisch für asiatische und afrikanische Länder, die Getreide hauptsächlich aus der Ukraine importieren."

Die Ukraine und Russland gelten als "Kornkammern der Welt". Etwa 30 Prozent des international gehandelten Weizens stammt aus den beiden Ländern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628604c4b480cc5c030f8750.jpg>

12:32 (11:32) novorosinform.org: **Die Ukraine verheimlicht weiterhin die Massenkapitulation der „Asowstal“-Kämpfer vor den Menschen**

Selenskij sendet Anweisungen an die ukrainischen Medien, wie sie die „Evakuierung“ der Sicherheitskräfte aus dem Asowstal-Werk ordnungsgemäß darstellen sollen, berichten Telegram-Kanäle.

Von der Verwaltung des ukrainischen Präsidenten wurden Anweisungen an alle pro-ukrainischen Medien über die „korrekte“ Berichterstattung über die Übergabe der „Asow“-Gefangenen in Mariupol geschickt. Die Weisungen verlangen, dass Veröffentlichungen dieses Thema nicht von sich aus aufgreifen, sondern nur Fragen in Übereinstimmung mit den Propagandarichtlinien beantworten, heißt es von den Quellen.

„Aus eigener Initiative wird das Thema der Kapitulation von Kämpfern überhaupt nicht angesprochen, die maximal mögliche Antwort auf Fragen lautet, dass dies eine ‚Evakuierung unter der Kontrolle der ukrainischen Sicherheitskräfte‘ ist“, schreibt der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“ .

Laut der Quelle habe Selenskij große Angst, die Wahrheit zu enthüllen, da der Defätismus in der Gesellschaft nach dem Sturz des „Symbols des Widerstands der Ukraine“ zunehme.



https://novorosinform.org/content/images/47/86/44786_720x405.jpg

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Während Bewegung in Verhandlungen über Atomdeal kommt: Israel simuliert Angriff auf Iran**

Die israelische Armee wird laut eigenen Angaben einen Angriff gegen Ziele in großer Entfernung von den Landesgrenzen simulieren. "Als Signal an Iran" werde die US-Luftwaffe zudem Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe während der groß angelegten Übung auftanken.

Die israelische Armee (IDF) wird einen Angriff gegen Ziele in großer Entfernung von den Landesgrenzen simulieren. Viele Flugzeuge werden an verschiedenen Fronten an der groß angelegten Übung teilnehmen. Zudem sollen Truppen bei der Übung im Rahmen eines Mehrfrontenkrieges an den Grenzen kämpfen. Die Übung sei in ihrem Umfang "einzigartig und beispiellos" und werde es der Armee ermöglichen, ein hohes Maß an Bereitschaft in einer sich ständig verändernden Region aufrechtzuerhalten, wie die IDF am Dienstag erklärte. Im jüngsten Gaza-Krieg wurden mehr als 4.000 Raketen und Mörsergranaten aus Gaza auf Israel abgefeuert. Während dieses Krieges im Mai 2021 wurden nicht nur mehrere Raketen aus dem Südlibanon auf Israel abgefeuert, sondern es brach auch unerwartet Gewalt im Westjordanland und in gemischten arabisch-jüdischen Städten in Israel aus. Das Militär stellt sich seither bei einem möglichen neuen Konflikt auf einen Mehrfrontenkrieg ein. Die Übung zielt darauf ab, die Fähigkeiten des Militärs in einem intensiven, an mehreren Fronten andauernden Krieg an allen seinen Grenzen zu verbessern. Israel bereitet sich auch auf das Szenario vor, dass Irans Stellvertreter in Jemen, Syrien und Irak bei einer Eskalation zwischen Tel Aviv und Teheran das Territorium Israels mit Raketen oder Kampfdrohnen aus verschiedenen Richtungen angreifen könnten.

"Als Signal an Iran" werde die US-Luftwaffe in den kommenden Wochen Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe während der massiven Übung auftanken, kommentierte die israelische Zeitung Jerusalem Post. Der israelische Sender Channel 13 gab am Dienstagabend bekannt, dass US-Tanker während der Iran-Angriffssimulation das Betanken israelischer Kampfflugzeuge in der Luft üben werden. Die israelische Armee hat die Meldung bislang nicht kommentiert.

Ein israelischer Angriff auf Irans Atomanlagen ist wegen des Mangels an Tankflugzeugen sehr schwierig. Die Fähigkeit zum Auftanken in der Luft ist entscheidend für einen Bomber, der möglicherweise mehr als 2.000 Flugmeilen zurücklegen muss und arabische Länder durchquert, die keinen Tankstopp für einen israelischen Angriff gegen Iran ermöglichen möchten. Israel bestellte jüngst bei Boeing acht neue [KC-46-Tanker](#) für 2,4 Milliarden US-Dollar. Diese werden Berichten zufolge jedoch wahrscheinlich nicht vor Ende 2024 geliefert.

EU-Chefverhandler Enrique Mora warb letzte Woche in Teheran für eine Einigung bei den stockenden Atomverhandlungen mit Iran. Inzwischen hat sich der Golfstaat Katar eingeschaltet, um zwischen Iran und den USA zur Wiederbelebung des Atomdeals zu vermitteln. Katar soll als eine Quasi-Garantiemacht in Iran in verschiedenen Projekten investieren, während Teheran im Gegenzug sein Atomprogramm einschränkt. Israel setzt längst alles daran, um eine neue Vereinbarung mit Iran zu torpedieren.

Moras Reise nach Iran hatte allerdings ein bizarres Nachspiel: Auf dem Rückweg wurde er während einer Zwischenlandung in Frankfurt mehrere Stunden von der Polizei festgehalten – separat von seiner Delegation und ohne Begründung. Mora beschwerte sich später über [Twitter](#). Die iranische Nachrichtenagentur [IRNA](#) kommentierte, dass Israel hinter dem Vorfall stecke, das den Fortschritt bei den Iran-Verhandlungen zunichtemachen wolle.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62860041b480cc60f1126cf3.jpg>

12:15 de.rt.com: **Bilder aus dem Lager für ukrainische Kriegsgefangene veröffentlicht**

Andrei Koz, der Kriegsberichterstatter der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti, hat in seinem Telegram-Kanal einen Beitrag mit Bildmaterial über die Behandlung ukrainischer Kriegsgefangener [veröffentlicht](#).

Koz gab an, zusammen mit einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes das Kriegsgefangenenlager nahe Jelenowka in der Volksrepublik Donezk besucht zu haben und schrieb diesbezüglich:

"Ukrainer, die die Waffen gestreckt haben, werden unter mehr als humanen Bedingungen verwahrt. An Barackenfenstern gibt nicht einmal Gitter."

Die Ukraine sei in der Delegation des Roten Kreuzes vom Rada-Abgeordneten der neunten Legislaturperiode Alexander Kowalew vertreten worden. Koz zufolge wurde der Delegation "alles gezeigt und erzählt" und die humane Behandlung von den Kriegsgefangenen selbst bestätigt. Zusammenfassend schrieb er:

"Viele [in Russland] ärgern sich, dass wir die Gefangenen zu weich behandeln. Dazu sage ich: alles andere geht nicht."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/s0-u6jNkzBVzNPVAtznuOQN9j6ySsCKfv17pwHm5_98JvOAmdreEeTGeBGrpcs3aOtn5anbSOdCV0TH1hKDRfWatHRZ0Xi4u3Ag8s0zyrWvy6tTbRliNmsx1nrsbzv-v7UnaQHzW4aQ3Ns4GdbqLiQMxgTZhgU9xQlnsT25bbfN39xeMVJfLvolUT23CXxXc6Ve10yAk0EgSyClJiGC3tA_GDb4dtvyG6M0q2N6H61angBeOqhOtSuRup3qoUNe1Iv1UOmF BugpsWaTmgOpsDmcpz3ffuoM7aGGjMt0kGs6PttT6SkecDz7R2DO8jCSBL5k_hYv7ieWIL4XzkIYxKQ.jpg

12:25 de.rt.com: **Erster Gerichtsprozess über Mitglied eines ukrainischen Nazi-Bataillons in Rostow am Don**

Das Leninski-Bezirksgericht in Rostow am Don hat für heute eine Verhandlung über eine Präventionsmaßnahme gegen den stellvertretenden Kommandeur des ukrainischen faschistischen "Aidar"-Bataillons Denis Muryga geplant. Dies [berichtet](#) die russische Presseagentur RBK mit Verweis auf den einheitlichen Pressedienst der Gerichte des Gebiets Rostow.

Muryga wird beschuldigt, an einer bewaffneten Formation im Hoheitsgebiet eines ausländischen Staates Mitglied gewesen zu sein, die in der Gesetzgebung dieses Landes nicht vorgesehen ist und deren Daseinszweck den Gesetzen Russlands zuwiderläuft (Teil 2 von Artikel 208 des russischen Strafgesetzbuches).

Nach eigenen Angaben des Gefangenen trat er im Januar 2015 in das "Aidar"-Bataillon ein. Im März desselben Jahres nahm er "an einer Sonderaktion zur Sprengung einer Brücke teil, bei der Mitglieder der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk ums Leben kamen".

Ebenso nach Rostow am Don wurde am 18. Mai ein bislang nicht näher bezifferter Teil der gefangenen Milizkämpfer des ebenfalls faschistischen "Asow"-Bataillons transportiert, die sich im Mariupoler Metallurgiekombinat Asow-Stahl ergeben hatten. Sie sitzen nun in der Untersuchungshaftanstalt Nummer 1 der Stadt ein – wo seinerzeit gefangene deutsche Nazis inhaftiert waren, [meldete](#) die Presseagentur Don24. Weitere 89 Gefangene von dort wurden laut 161.ru – Rostow-am-Don-Online nach Taganrog im Gebiet Rostow gebracht. Ob auch sie dem Asow-Bataillon angehören, [brachte](#) die anonyme Quelle des Online-Nachrichtenportals in den Sicherheitsstrukturen des Gebiets Rostow allerdings nicht zum Ausdruck. Dies ist aber unwahrscheinlich, weil der Gesprächspartner betonte, dass sie als Kombattanten gelten (und die Geltung der Genfer Konvention sich somit auf sie erstreckt) – und sie vor allem wichtige Kandidaten zum Gefangenentausch seien, von dem die russische Staatsduma ukrainische nazistische Bataillone gesetzlich ausdrücklich ausschließen wollte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628650a048fbef48880c458f.jpg>

12:40 de.rt.com: **Militärkorrespondent: Stellvertretender Anführer des "Asow"-Nazibataillons hat sich ergeben**

Der stellvertretende Kommandeur des Asow-Regiments, Swjatoslaw Palamar (Funkname: "Kalina"), hat die Waffen gestreckt.

Dies vermeldete der Kriegsberichterstatter Dmitri Steschin. Ihm zufolge habe sich der Kämpfer in der Nacht zum 19. Mai genau dem Infanteriezug ergeben, der selbst längere Zeit von "Asow"-Kämpfern umstellt hatte ausharren müssen. Steschin sagte:

"Durch einen seltsamen Zufall kam er genau bei dem Zug von 'Luger' zum Vorschein – das sind Jungs, die im Stadtteil Wostotschny 17 Tage lang in einem mehrstöckigen Gebäude festsaßen, das komplett umstellt war, und die über ein mit Hilfe einer Drohne zwischen den Häusern verlegtes Stahlseil versorgt wurden.

Wir warten auf Kalinas letzte Pressekonferenz."

Eine offizielle Bestätigung dieser Information liegt bislang allerdings nicht vor.

Seit dem Beginn der Belagerung des Metallurgiekombinats Asow-Stahl war Palamar regelmäßig mit Videobotschaften in den sozialen Medien präsent.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6286338e48fbef4513698b5c.png>

13:46 (12:46) novorosinform.org: **Die Ukraine beschlagnahmte Vermögenswerte von Russland und Weißrussland im Umfang von einer Milliarde Dollar**

Die ukrainischen Behörden haben die russischen und weißrussischen Vermögenswerte der Bergbau- und Verarbeitungsanlage, die titanhaltige Rohstoffe produziert, in einer Gesamthöhe

von mehr als 1 Milliarde US-Dollar beschlagnahmt.

Dies berichtete die ukrainische Ausgabe von "Vesti" unter Berufung auf den Direktor des Wirtschaftssicherheitsbüros Wadim Melnyk.

Wie Melnyk sagte, beschlagnahmte Kiew 100 % der Unternehmensrechte und Vermögenswerte der Bergbau- und Verarbeitungsanlage. Das Unternehmen baute titanhaltige Rohstoffe ab. Darüber hinaus wurden 17.800 Waggons beschlagnahmt, was einem Wert von ungefähr 507,7 Millionen US-Dollar entspricht.

Ebenfalls beschlagnahmt wurden Spezialausrüstung im Wert von etwa 7,4 Millionen US-Dollar und Vermögenswerte eines der Finanzinstituts im Wert von 419,7 Millionen US-Dollar.



https://novorosinform.org/content/images/47/93/44793_720x405.jpg

13:10 de.rt.com: **EU-Parlament fordert Sanktionen gegen Ex-Kanzler Gerhard Schröder und Karin Kneissl**

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag mit großer Mehrheit die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Sanktionen auszuweiten auf "die europäischen Mitglieder der Leitungsorgane großer russischer Unternehmen und auf Politiker, die nach wie vor Geld aus Russland erhalten". Davon betroffen sind unter anderem Gerhard Schröder und Karin Kneissl. Das Europaparlament hat sich mit großer Mehrheit für EU-Sanktionen gegen Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgesprochen. Grund ist die anhaltende Tätigkeit des SPD-Politikers für russische Unternehmen mit Staatsbeteiligung wie den Energiekonzern Rosneft. Das geht aus einer am Donnerstag in Brüssel angenommenen Resolution hervor. Der Schritt des Parlaments dürfte den Druck auf die zuständige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den Außenbeauftragten Josep Borrell erhöhen, einen Vorschlag für die Aufnahme Schröders in die EU-Sanktionsliste vorzulegen. Sollte dieser dann angenommen werden, könnten in der EU vorhandene Vermögenswerte Schröders eingefroren werden.

Schröder war von 1998 bis 2005 Bundeskanzler. Danach übernahm er Aufgaben unter anderem für die Pipeline-Gesellschaft Nord Stream, die russische Gazprom und den Energiekonzern Rosneft. Weil er sich davon nach Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine nicht distanzierte, forderte ihn die SPD-Spitze zum Parteiaustritt auf. Zudem gibt es Anträge auf einen Parteiausschluss. Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP will dem 78-Jährigen außerdem Büro und Mitarbeiter streichen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages wollte darüber voraussichtlich noch am Donnerstag abstimmen.

Karin Kneissl ist parteilose ehemalige Außenministerin Österreichs und Mitglied des Rosneft-Aufsichtsrats.

In dem am Donnerstag beschlossenen Entschließungsantrag des Europaparlaments werden die EU-Staaten nun dazu aufgefordert, "die Liste der Personen, gegen die EU-Sanktionen

verhängt wurden, auf die europäischen Mitglieder der Leitungsorgane großer russischer Unternehmen und auf Politiker, die nach wie vor Geld aus Russland erhalten, auszuweiten." Sanktionen ohne Gerichtsurteil gegen Staatsbürger von Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürften ein neues Wort im europäischen Rechts- und Wertesystem sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62862f8148fbef481e3e3298.jpg>

13:24 de.rt.com: **Euro fällt zum ersten Mal seit Mai 2017 unter 62 Rubel**

Erstmals seit 2017 notiert die Eurowährung nur knapp über 61 Rubel. An der Moskauer Börse wird der Euro billiger als der US-Dollar gehandelt. Die russische Währung gewinnt gegenüber dem Euro und dem US-Dollar weiter an Wert, da Exporteure ihre Deviseneinnahmen abstoßen.

Im frühen Handel an der Moskauer Börse ist der Euro am Donnerstag auf 61,1075 Rubel gefallen. Die europäische Währung wurde zuletzt im Mai 2017 unter 62 Rubel gehandelt. Gegenüber dem Vortag fiel der Euro um 5,6 Rubel.

Auch gegenüber dem US-Dollar legt der Rubel zu. Unmittelbar nach Handelsbeginn lag der Dollarkurs bei 63,315 Rubel, fiel im weiteren Verlauf auf 63,2175 Rubel und erreichte damit vorerst einen Tiefststand. Infolgedessen wurde der Euro an der Moskauer Börse billiger gehandelt als der US-Dollar.

Im weiteren Verlauf machte der Euro einen Teil seiner Verluste wieder wett. Kurz nach zehn Uhr Moskauer Zeit war die europäische Währung um 85 Kopeken auf 65,85 Rubel gestiegen. Der US-Dollar verlor jedoch 33,5 Kopeken und fiel weiter auf 63,11 Rubel.

Die russische Währung legt gegenüber dem Euro und dem US-Dollar zu, da russische Exporteure ihre Deviseneinnahmen abstoßen. Der Rubel verdankt sein Vertrauen den strengen Devisenkontrollen und dem bestehenden Handelsüberschuss, so Wladislaw Silajew, ein führender Händler bei der russischen Investmentgesellschaft Alfa Capital. Die Nachfrage nach Devisen unter den Importeuren sei nach wie vor sehr bescheiden, während die Exporteure den Markt weiterhin mit beträchtlichen Deviseneinnahmen versorgten, fügte der Experte hinzu. Laut Bogdan Swaritsch, dem Chefanalysten der russischen Finanzplattform Banki.ru, wird sich der Rubel heute wahrscheinlich weiter festigen, da die Unterstützung durch die Exporteure vor dem Höhepunkt der Steuerzahlungen in Russland zunimmt. Exporteure werden ihre Deviseneinnahmen verkaufen, um Steuern in Rubel zu zahlen. Die wichtigsten Steuerzahlungen finden am 25. und 27. Mai statt. Infolgedessen könnte das US-Dollar-Rubel-Paar in den Bereich von rund 62,6 Rubel zurückkehren, der in der vergangenen Woche als Tiefststand notierte. Sollte die US-amerikanische Währung dieses Niveau unterbieten, könnte sie auf 60 Rubel fallen, sagte der Experte.

Dmitri Polewoi, Investitionsdirektor bei der russischen Firma Loko-Invest, erwartet ebenfalls eine weitere Aufwertung der russischen Währung. Seiner Ansicht nach könnte der US-Dollar kurzfristig auf ein Niveau von 60 bis 55 Rubel fallen und sich bei 60 Rubel pro US-Dollar stabilisieren. Es sei jedoch unwahrscheinlich, dass dieses Niveau lange gehalten werde. Mittelfristig werde die US-Währung einen Teil ihrer Verluste wieder wettmachen. Polewoi

prognostiziert:

"Für die zweite Hälfte des Jahres 2022 streben wir eine Spanne von 70 bis 85 Rubel an."

Der Zufluss von Exporteinnahmen bei gleichzeitig begrenzten Importen hat dazu geführt, dass die sich Wechselkurse zwischen dem Rubel und dem US-Dollar sowie dem Euro an das vorpandemische Niveau herangetastet haben, so die Analysten der Rosbank. Trotz der positiven Auswirkungen der Rubelaufwertung auf die Inflation und die Risiken für die Finanzstabilität könnten mögliche Verluste für den Haushalt und den Exportsektor eine Lockerung der Kapitalverkehrsbeschränkungen erforderlich machen, so die Experten. Elwira Nabiullina, die Vorsitzende der russischen Zentralbank, brachte diesen Vorschlag bei einer Vorstandssitzung im April zur Sprache. Angenommen wurden die Maßnahmen aber noch nicht. Wahrscheinlich wird eine Kommission, die neue Grundsätze der Währungsregulierung ausarbeiten soll, für Rechtssicherheit sorgen. Bis zur Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Arbeit werden die Export-Import-Ströme den Rubel-Wechselkurs jedoch zumindest bis Ende des Monats an der unteren Grenze der Spanne von 63 bis 70 Rubel pro US-Dollar halten. Der Euro-Wechselkurs wird sich im Mai voraussichtlich weiterhin im Bereich von 65 bis 72 Rubel bewegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62861328b480cc5c030f876e.jpg>

13:55 de.rt.com: **Botschafter der Volksrepublik Lugansk spricht von Einkesselung ukrainischer Truppen**

Rodion Miroshnik, der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, hat in einer Sendung des Fernsehkanals Rossiya 1 erklärt, dass ukrainische Truppenverbände um den Ortschaften Gorskoje und Solotoje in der Nähe der Stadt Lissitschansk blockiert seien. Er fügte hinzu, dass der Kessel um das Städtedreieck Lissitschansk – Rubeschnoje – Sewerodonezk sich bald schließen könne.

Laut Andrei Marotschko, einem Lugansker Offizier, werde bereits auf den Straßen von Sewerodonezk gekämpft. Am Dienstag hatte der Berater des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Vitali Kisseljow, die Stärke der ukrainischen Truppen im genannten Gebiet auf 15.000 bis 16.000 geschätzt.

14:20 de.rt.com: **Gerhard Schröder verliert einen Teil seiner Sonderrechte als Altkanzler**

Der Bundestag hat Altkanzler Gerhard Schröder einen Teil seiner Sonderrechte als früherer Regierungschef in Deutschland entzogen. Der Haushaltsausschuss beschloss am Donnerstag die Abwicklung seines Büros.

Der wegen seiner Russland-Kontakte in der Kritik stehende Altbundeskanzler Gerhard Schröder muss auf einen Teil seiner ihm als Ex-Kanzler zustehenden Rechte verzichten. Der Haushaltsausschuss des Bundestags beschloss am Donnerstag die Abwicklung seines Büros, wie die dpa aus Ausschusskreisen erfuhr.

Der Haushaltsausschuss folgte mit seiner Entscheidung mehrheitlich dem gemeinsamen

Antrag der drei Koalitionsparteien SPD, FDP und Grüne. Das verbliebene Personal, das bislang das Schröders Büro betreut hatte, soll anderweitige Aufgaben übernehmen. Anrecht auf ein Ruhegehalt und Personenschutz hat der Altkanzler aber weiterhin. Die Union hätte dem SPD-Politiker am liebsten auch sein Ruhegehalt gestrichen. Sie warf Schröder unter anderem vor, dem internationalen Ansehen Deutschlands zu schaden.

Bisher stehen Altbundeskanzlern und Altbundeskanzlerinnen ein von ihrer Amtszeit abhängiges Ruhegehalt sowie auf Lebenszeit auch ein Büro mit mehreren Mitarbeitern, ein Fahrer und eine Erstattung von Reisekosten zu. Nun behauptet die Ampelkoalition, die Alimentierung früherer Bundeskanzler und Bundespräsidenten generell neu regeln zu wollen. In dem vom Haushaltsausschuss beschlossenen Antrag werden Schröders Verbindungen zu russischen Konzernen oder Präsident Wladimir Putin nicht genannt. Hintergrund ist die Befürchtung, dass dies rechtlich angreifbar wäre. Es soll nicht der Eindruck entstehen, der Altkanzler werde für eine umstrittene Meinung bestraft.

Vor dem Beschluss des Haushaltsausschusses hatte sich das Europaparlament mit großer Mehrheit für EU-Sanktionen gegen den Altbundeskanzler ausgesprochen. Der Schritt dürfte den Druck auf die zuständige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den Außenbeauftragten Josep Borrell erhöhen, einen Vorschlag für die Aufnahme Schröders auf die EU-Sanktionsliste vorzulegen. Sollte dieser dann angenommen werden, könnten in der EU vorhandene Vermögenswerte Schröders eingefroren werden.

Der politische Korrespondent der Welt Thomas Vitzthum nannte die Entscheidung einen "beispiellosen Vorgang, den es so noch nie gab". Er zeigte jedoch Verständnis dafür, wie auch für die ausdrücklich unehrliche Begründung des Antrags.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62863f0248fbef48880c456a.jpg>

14:20 de.rt.com: **Lugansker Volksmilizsprecher: Ukrainische Nationalisten unter Leitung westlicher Berater missbrauchen massenhaft Zivilisten als lebende Schutzschilde in Schewtschenko und Tschapajewo**

Angehörige der ukrainischen Streitkräfte richten in Wohnhäusern in Tschapajewo und in Verwaltungsgebäuden in Schewtschenko Feuerstellungen ein – und halten dort Ortseinwohner gefangen, die sie als menschliche Schutzschilde missbrauchen. Dies gibt Hauptmann Iwan Filiponenko, offizieller Sprecher der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, bekannt:

"Nach unseren Aufklärungsdaten treiben ukrainische nationalistische Formierungen unter der Führung westlicher Berater und Ausbilder, die bereits wiederholt Taktiken zur eigenen Deckung mit der Zivilbevölkerung angewandt haben, in der Ortschaft Tschapajewo in der Nähe Artjomowsk (ukr. Bachmut) die Bürger in die Keller ihrer eigenen Häuser und richten in ihren Häusern Feuerstellungen ein."

Filiponenko wies diesbezüglich gesondert auf die große Zahl derartiger Feuerstellungen hin, die entlang der Straßen der Ortschaft entdeckt wurden, welche in Richtung Popasnaja laufen – diese Ortschaft hat die Lugansker Volksmiliz bereits befreit.

In der Ortschaft Schewtschenko nutzen die Kämpfer der rechtsextremen Milizen dieselbe Taktik der menschlichen Schutzschilder – mit dem Unterschied, dass dort statt privater Wohnhäuser dafür verstärkt Verwaltungsgebäude zweckentfremdet werden, so der Hauptmann:

"In Schewtschenko treiben die ukrainischen Truppen die Ortsbewohner gewaltsam in Verwaltungsgebäude und quartieren dort ihr Personal ein – mit dem Ziel, die Gebäude in befestigte Feuerstellungen umzuwandeln und im weiteren Verlauf die Ortsbewohner als menschliche Schutzschilder zu missbrauchen. Somit kann man sagen, dass die Bewohner dieser Ortschaften von den ukrainischen Streitkräften de facto gefangen gehalten werden."

15:38 (14:38) novorosinform.org: **Etwa 2.000 ukrainische Kämpfer sind am Stadtrnad von Lisitschansk umzingelt – Miroshnik**

Auf dem Territorium der LVR in der Nähe von Lisitschansk seien mehr als zweitausend ukrainische Nationalisten eingekesselt worden, sagte Miroshnik, Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland.

„Ungefähr zweitausend Kämpfer des Kiewer Regimes sind auf den Zufahrtsstraßen nach Lisitschansk von Soldaten der Russischen Föderation und der Volksmiliz der LPR eingekesselt worden.“ Das berichtet FAN unter Berufung auf die Aussage des Botschafters von Lugansk in Moskau, Rodion Miroshnik.

Wie FAN unter Berufung auf eine Erklärung des Botschafters von Lugansk in Moskau berichtet, hätten die alliierten Streitkräfte in der Nähe der an Lisitschansk angrenzenden Dörfer Gorskoje und Zolotojee einen "Kessel" gebildet, in dem rund zweitausend Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte und ukrainische Nationalisten eingeschlossen sind.

„Sie haben die Wahl, entweder ihre Waffen niederzulegen und zu überleben oder sich weiterhin zu widersetzen und zu sterben“, zitiert FAN Miroshnik.



https://novorosinform.org/content/images/48/02/44802_720x405.jpg

14:45 de.rt.com: **Morawiecki: Polen will ständige Stationierung von NATO-Truppen in permanenten Stützpunkten entlang der Ostflanke der Allianz**

Warschau setzt sich für den Bau von Militärstützpunkten zur dauerhaften Stationierung leichter NATO-Einheiten an der Ostflanke der Allianz ein. Dies gab der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Donnerstag auf einer Konferenz des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten bekannt. Ihm zufolge müssen "permanente Stützpunkte in Ländern an der Ostflanke der NATO eingerichtet werden":

"Polen ist bereit, solche Stützpunkte zu errichten. Sie wären ein Standort zur Stationierung leichter Einheiten auf permanenter Basis."

Der polnische Premier betonte noch:

"Russland sollte wissen, dass wir keinen Zentimeter des NATO-Territoriums abtreten

werden."

Zuvor hatte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow erklärt, die Architektur des Nordatlantischen Bündnisses sei ursprünglich für Aggressionen konzipiert worden, obwohl behauptet wird, dass sie angeblich defensiven Charakter habe. Peskow zufolge hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor Kurzem berichtet, dass der NATO-Truppenverband an der Ostflanke, d. h. in der Nähe der westlichen Grenzen Russlands, erheblich verstärkt werde. Nach Angaben des Sprechers beauftragte das Staatsoberhaupt das Verteidigungsministerium mit der Ausarbeitung eines Plans zur reziproken Aufstockung und Verstärkung der russischen militärischen Kapazitäten an den westlichen Grenzen des Landes.

15:00 de.rt.com: **Freunde in der Not: Russlands stellvertretender Außenminister betont Hilfsbemühungen Südossetiens gegenüber dem Donbass**

Der russische Vize-Außenminister Andrei Rudenko betonte in einer Plenarsitzung der Staatsduma die umfassende Unterstützung, die die bislang größtenteils nicht anerkannte Republik Südossetien zum Schutz der Menschen des Donbass seit Beginn des russischen militärischen Sondereinsatzes getan hat.

Lawrows Vize erinnerte daran, dass die kleine kaukasische Republik Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen und humanitäre Hilfsgüter gesammelt und nach Donezk und Luhansk geschickt hat – "trotz begrenzter eigener Mittel", wie er betonte.

dan-news.info: Die Post des Donbass hat eine Marke, einen Briefumschlag und einen Ersttagsstempel zu Ehren des 100. Gründungstags der Allunions-Lenin-Pionierorganisation herausgegeben.



https://dan-news.info/storage/c/2022/05/19/1652957660_523036_60.jpg

15:25 de.rt.com: **Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Donezk: über 600 Anzeigen gegen ukrainische Streitkräfte bearbeitet**

Jekaterina Guschtschina, die Staatsanwältin der Volksrepublik Donezk, hat RIA Nowosti erklärt, dass ihre Behörde über 600 Strafanzeigen bearbeitet habe. Die Anzeigen stammen von den Bewohnern der ehemals ukrainisch besetzten Gebiete des Donbass und richten sich gegen die Streitkräfte der Ukraine. Guschtschina sagte:

"Momentan sind 646 Anzeigen der Geschädigten bearbeitet. Den Personen wurde die Geschädigtenstellung zugesprochen, ihre Angaben wurden zu den Straftaten genommen." Laut Guschtschina legen die Menschen Beweise für Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und sogar Tötungen durch das ukrainische Militär vor. Als Beispiel zitierte die Staatsanwältin unter anderem das Vernehmungsprotokoll einer Frau, die angegeben hatte, dass ihr Stiefsohn beim Sammeln von Brennholz aus dem Nachbarhaus von einem Scharfschützen erschossen worden sei. Der entsprechende Stadtbezirk habe dabei komplett unter ukrainischer Kontrolle gestanden. Guschtschina erklärte weiter: "Die Arbeit zur Beweisaufnahme von verbrecherischen Handlungen ukrainischer Truppen wird weiterhin fortgesetzt. Alle Ergebnisse werden zu den Akten genommen, um sie danach dem Gericht vorzulegen."

15:50 de.rt.com: **London liefert Langstreckenartillerie, Schiffsabwehrraketen und Drohnen an Kiew**

Ein neues britisches Militärhilfspaket für Kiew wird Langstreckenartillerie, Schiffsabwehrraketen und Drohnen umfassen. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die das Büro des britischen Premierministers Boris Johnson nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij am Donnerstag veröffentlichte. In der Mitteilung heißt es:

"Der Premierminister verwies auf die kürzlich angekündigte zusätzliche Militärhilfe des Vereinigten Königreichs für die Ukraine in Höhe von 1,3 Milliarden Pfund [1,62 Milliarden US-Dollar] und erklärte, dass für die Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung unter anderem Langstreckenartillerie, Land-Schiff-Raketen und unbemannte Flugzeuge geliefert werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628645b4b480cc60f1126d55.jpg>
g

15:54 de.rt.com: **Finnland lehnt NATO-Stützpunkte und Atomwaffen auf seinem Territorium ab**

Die NATO wird Finnland weder Stützpunkte noch Atomwaffen aufzwingen. Dies erklärte Ministerpräsidentin Sanna Marin. Sie betonte, eine solche Entscheidung könne nur auf nationaler Ebene getroffen werden, niemand könne Helsinki dazu zwingen.

Die Eröffnung von NATO-Stützpunkten in Finnland oder die Stationierung von Atomwaffen im Falle eines Beitritts des Landes zur Allianz kommen nicht in Frage. Dies hat Ministerpräsidentin Sanna Marin in einem Interview mit dem Corriere della Sera gesagt. Sie erklärte:

"Niemand wird uns Atomwaffen oder Stützpunkte aufzwingen, wenn wir sie nicht wollen. Deshalb denke ich, dass dieses Thema nicht auf der Tagesordnung steht."

Marin betonte auch, dass diese Frage nur auf nationaler Ebene gelöst werden kann. Ihrer Ansicht nach ist die NATO nicht an einer Stationierung solcher Waffen in Finnland interessiert.

Bei der Erläuterung der Entscheidung Helsinkis, dem Bündnis beizutreten, erinnerte die Ministerpräsidentin an den Grundsatz der kollektiven Verteidigung (Artikel fünf des Nordatlantikpakts). Marin erklärte:

"Aber wir sind auch verpflichtet, anderen im Falle eines Angriffs zu helfen. Wir haben eine gute Verteidigungsfähigkeit, wir geben mehr als zwei Prozent des BIP für die Verteidigung aus."

Nach Ansicht der finnischen Politikerin investierte Finnland viel in die Sicherheit des Landes, weil es einen "großen und aggressiven Nachbarn" in der Nähe seiner Grenzen hat.

Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass die Entscheidung, die NATO-Mitgliedschaft zu beantragen, "ein Akt des Friedens und kein Akt des Krieges" sei. Marin versicherte:

"Wir müssen dafür sorgen, dass es auf finnischem Boden niemals zu einem Krieg kommt. Wir werden immer versuchen, Probleme auf diplomatischem Wege zu lösen."

Drei Mitglieder des nordatlantischen Bündnisses – die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich – verfügen über Atomwaffen. Laut Professor Tommi Koivula von der finnischen Nationalen Verteidigungsuniversität wird das Land im Falle eines NATO-Beitritts nicht aufgefordert werden, Atomwaffen zu stationieren, aber Helsinki wird in die Planungsgruppe einbezogen, um die Grundsätze für deren Einsatz zu diskutieren. Matti Pesu, ein hochrangiger Mitarbeiter des Instituts für Internationale Beziehungen Finnlands, erklärte, dass die Atomwaffen der Allianzmitglieder "als gemeinsame Abschreckung dienen".

Auch Schweden lehnt die Stationierung von Atomwaffen und ständigen Stützpunkten auf seinem Territorium ab und beantragte gleichzeitig mit Finnland den Beitritt zur NATO. Sie müssen vom Nordatlantikrat geprüft werden, und dann muss das Beitrittsabkommen auf nationaler Ebene in allen 30 Ländern, die den Block bilden, ratifiziert werden.

Die Türkei ist nicht bereit, den Beitritt der skandinavischen Länder zur Europäischen Union zu unterstützen, sagte Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Er führte dies auf Sanktionen gegen Ankara und die Weigerung Finnlands und Schwedens zurück, Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auszuliefern, die die Türkei als Terroristen betrachtet. Der kroatische Präsident Zoran Milanović sprach sich ebenfalls dafür aus, Finnland und Schweden am NATO-Beitritt zu hindern, wurde aber vom Premierminister und vom Außenminister des Landes nicht unterstützt.

Seinerseits erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, die NATO-Erweiterung um Schweden und Finnland stelle keine "unmittelbare Bedrohung" für Russland dar, aber das Land werde Vergeltung üben, wenn die militärische Infrastruktur in diesen Gebieten ausgebaut werde. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa versprach, dass das russische Verteidigungsministerium in diesem Fall eine "Überraschung" vorbereiten werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628629b8b480cc5c030f878c.jpg>

16:40 de.rt.com: **Erdoğan: Die Türkei kann auf Russland nicht verzichten**

Die Türkei kann ihre Beziehungen zu Russland nicht aufgeben, sagte Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei einem Auftritt, dessen Video auf seinem Twitter-Account veröffentlicht wurde. Dabei erwähnte er das Kernkraftwerk Akkuyu, das Ankara gemeinsam mit Moskau baut. Die Umsetzung des Projekts werde nächstes Jahr abgeschlossen, und es sei für die Türkei von großer Bedeutung, unterstrich der türkische Staatschef.

Außerdem beziehe die Türkei die Hälfte des von ihr benötigten Gases aus Russland. Erdoğan fügte hinzu:

"Dies ist eine strategische Frage für uns, eine strategische Beziehung. Wir können sie nicht aufgeben oder brechen."

Das Staatsoberhaupt räumte ferner ein, dass Ankara sowohl zu Moskau als auch zu Kiew Beziehungen unterhalte, und setzte sich für die Fortsetzung der Kontakte mit den Staatschefs beider Länder ein:

"Ich setze die Telefondiplomatie sowohl mit Putin als auch mit Selenskij fort. Ich habe meinen Sonderbeauftragten sowohl nach Moskau als auch nach Kiew geschickt. Wir werden unsere Politik fortsetzen, ein neuer Weltkrieg nützt niemandem."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628658bb48fbef4513698b93.jpg>

17:15 de.rt.com: **Italien schlägt Plan zur Lösung des Konflikts in der Ukraine vor**

Italienische Behörden haben dem UN-Generalsekretär einen Plan zur Lösung der Situation in der Ukraine vorgelegt. Es umfasst Verhandlungen über den Status der Ukraine, ein Abkommen zwischen Moskau und Kiew über die "umstrittenen Gebiete" Krim und Donbass

und weitere Vorschläge.

Die italienische Regierung hat einen Plan für eine Friedensregelung in der Ukraine ausgearbeitet. Dies berichtete die Zeitung La Repubblica unter Berufung auf das Dokument. Nach Angaben der Zeitung leitete der italienische Außenminister Luigi Di Maio die Vorschläge Roms an UN-Generalsekretär António Guterres weiter.

Der Plan umfasst vier Phasen:

- Waffenstillstand in der Ukraine und Entmilitarisierung der Frontlinie unter UN-Aufsicht;
 - Verhandlungen über den Status der Ukraine, die einen Beitritt des Landes zur EU, aber keinen Beitritt zur NATO vorsehen;
 - ein bilaterales Abkommen zwischen der Ukraine und Russland über die Krim und den Donbass: Auf Vorschlag der italienischen Behörden sollen die "umstrittenen Gebiete" volle Autonomie erhalten und das Recht haben, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen, während Kiew die Souveränität über die Regionen behält;
 - ein multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa, das Abrüstung und Rüstungskontrolle, Konfliktprävention und vertrauensbildende Maßnahmen umfasst. Danach soll der Abzug der russischen Truppen aus dem ukrainischen Gebiet erfolgen.
- Nach Angaben von La Repubblica wurden die Vorschläge auch den Vertretern der G7-Mitgliedsländer (neben Italien gehören Deutschland, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Japan und die USA zu dieser Gruppe) vorgelegt.

Italien schlug außerdem die Einrichtung einer internationalen Gruppe vor, die die Einhaltung des Plans überwachen soll (die vollständige Liste der Länder, die einbezogen werden könnten, steht noch nicht fest, aber sie umfasst Italien, Deutschland, Frankreich, die Türkei, die USA, China, Kanada, Großbritannien, Polen und Israel). Die EU, die UNO und andere internationale Organisationen sollten ebenfalls in den Prozess einbezogen werden.

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, erklärte, der Kreml sei nicht mit den Einzelheiten des von den italienischen Behörden ausgearbeiteten Plans zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine vertraut. Er wisse auch nicht, ob der Entwurf den russischen Behörden auf diplomatischem Wege zugeleitet worden sei. Peskow sagte:

"Bislang sind uns die Einzelheiten dieses Plans leider nicht bekannt. Ich weiß nicht, ob dies auf diplomatischem Wege kommuniziert wurde. Wir haben es aus den Medien erfahren."

Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine führten Moskau und Kiew mehrere Gesprächsrunden, sowohl persönlich als auch aus der Ferne. Am effektivsten war ein Treffen in der Türkei Ende März. Damals bot die Ukraine den ständigen Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats an, ihre Sicherheit zu gewährleisten (mit der Garantie, nicht auf der Krim und in Teilen des Donbass tätig zu werden); im Gegenzug sollte Kiew einen neutralen und nicht-nuklearen Status akzeptieren und auf die Herstellung und den Einsatz aller Massenvernichtungswaffen verzichten.

Seit Anfang April erklärten die russischen Behörden jedoch mehrmals, dass die Verhandlungen "in eine Sackgasse" geraten seien. Am 17. Mai teilte der stellvertretende russische Außenminister Andrei Rudenko mit, es gebe keine Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau, sie fänden "in keiner Form" statt. Ein Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, Michail Podoljak, bestätigte die Aussetzung der Gespräche. Er sagte:

"Seit dem Kommuniqué von Istanbul hat es keine Veränderung, keinen Fortschritt gegeben."

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij besteht darauf, dass eine diplomatische Lösung des Konflikts nur möglich ist, wenn Russland das Feuer einstellt und die Truppen abzieht. Der russische Präsident Wladimir Putin nannte Ende Februar als notwendige Bedingungen "die Anerkennung der russischen Souveränität über die Krim, die Lösung der Aufgaben der Entmilitarisierung und Entnazifizierung des ukrainischen Staates und die Gewährleistung seines neutralen Status".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628651cbb480cc29660437e3.jpg>

18:38 (17:38) novorosinform.org: **1.800 ukrainische Militante haben Asowstal verlassen – Chodakowskij**

Der Strom der Kapitulationen schwäche sich ab, versiege aber nicht, bemerkte der Bataillonskommandeur von „Wostok“.

Insgesamt 1.800 Kämpfer hätten sich bereits aus dem Territorium des Asowstal-Werks in Mariupol ergeben, schrieb der Kommandeur des Wostok-Bataillons Alexander Chodakowskij in seinem Telegram-Kanal.

"Wenn man heute berücksichtigt, kamen 1800 Menschen heraus. Der Strom wird schwächer, trocknet aber nicht aus", sagte der Bataillonskommandeur.

Zuvor erklärte die Außenministerin der DVR, Natalja Nikonorowa, dass die Donbass-Republiken bereits an der Schaffung einer Charta für ein Tribunal gegen ukrainische Neonazis arbeiteten. Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, bestätigte ebenfalls, dass das Schicksal der Kämpfer, die sich in „Asowstal“ ergeben haben, vor Gericht entschieden werde.



https://novorosinform.org/content/images/48/18/44818_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Arbeiten zur Inbetriebnahme von Basisstationen in Kremenewka abgeschlossen, Schäden am Magistralenkabel wurden beseitigt und die Verbindung für das staatliche Unternehmen der DVR „Regionale Elektrizitätswerke“ hergestellt. In Mariupol gelang es, eine Basisstation anzuschließen und die Abteilungen des „Elektrizitätswerke“ ans Internet anzuschließen.

In Jalta wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 16 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Auf die Listen des Arbeitsamts wurden 278 Personen aufgenommen, 3135 nahmen befristete Arbeitsverträge an.

Spezialisten der Zentralen Republikanischen Bank boten in Wolnowacha, Mangusch und Wolodarskoje Bankdienstleistungen an.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 1689 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben etwa 5 Hektar Territorium und 500 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 602 explosive Objekte entdeckt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 11.269 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser geliefert. Die Filterstation in Donskoje wurde an den Strom angeschlossen. Die Netze der zentralen Wasserversorgung wurden begonnen mit technischem Wasser zu füllen.

In den befreiten Territorien wurden mehr als 8 Tonnen Brot produziert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:40 de.rt.com: **Deutschland gibt Ukraine Budgethilfe von rund einer Milliarde Euro**

Deutschland wird die Ukraine mit kurzfristigen Budgethilfen von rund einer Milliarde Euro unterstützen. Das kündigte Finanzminister Christian Lindner (FDP) am Donnerstag beim Treffen der G7-Finanzminister auf dem Petersberg bei Bonn an. Dabei gehe es um Zuschüsse, die aus dem Haushalt 2022 gezahlt werden sollen, ohne dass zusätzliche Schulden aufgenommen werden müssen. Es gehe darum, die Handlungsfähigkeit des kriegsgebeutelten ukrainischen Staates sicherzustellen.

Auch andere G7-Staaten wollen laut Lindner einspringen. So würden etwa die USA 7,5 Milliarden Dollar mobilisieren. Nach Informationen aus dem Finanzministerium hat die Ukraine für drei Monate um Hilfen von je rund 5 Milliarden Euro gebeten. Nach Ablauf dieser Zeit könnte allerdings weitere Unterstützung nötig sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62865fab480cc28a6516e92.jpg>

abends:

19:16 (18:16) novorosinform.org: **Ukrainische Truppen haben Jasinowataja aus "Grad" und Mörsern beschossen**

Die Vertretung der DVR im GZKK berichtete, dass die bewaffneten Formationen der Ukraine 11 Raketen vom Typ BM-21 Grad und zwei Mörsergranaten mit einem Kaliber von 120 mm auf Jasinowataja abgefeuert haben.

Darüber informierte die Vertretung in ihrem offiziellen Telegram-Kanal.

Es wird berichtet, dass der Beschuss von Jasinowataja durch ukrainisches Militär von Awdejewka durchgeführt wurde.

"Feuer wurde von den BFU in der Richtung aufgezeichnet: 18:08 Uhr - Siedlung Awdejewka

- Siedlung Jasiniwatajs, 5 Raketen wurden vmit BM-21 ‚Grad‘ abgefeuert; 18:45 Uhr -

Siedlung Awdejewka - Siedlung Jasinowataja, 2 Minen mit einem Kaliber von 120 mm wurden abgefeuert; 19:00 Uhr - Siedlung Awdejewka - Siedlung Jasinowataja, 6 Raketen wurden von der BM-21 ‚Grad‘ abgefeuert“, hieß es in einer Erklärung.

Daten über Schäden und Opfer infolge des Beschusses sind noch nicht eingegangen.



https://novorosinform.org/content/images/48/22/44822_720x405.jpg

18:30 de.rt.com: **Michail Zarjow, Halbbruder des ukrainischen Oppositionspolitikers Oleg Zarjow, in der Ukraine vom Geheimdienst verhaftet**

Oleg Zarjow, prominenter Oppositionspolitiker der Ukraine und dort verfolgt, [teilte](#) auf

seinem Telegram-Kanal mit, dass sein Halbbruder, Michail Zarjow, offenkundig vom ukrainischen Geheimdienst SBU verhaftet wurde. Einem Foto nach zu urteilen, das vom Geheimdienst verbreitet wurde, handele es sich bei dem Häftling um seinen Bruder, schrieb Zarjow.

Der Politiker ging in seiner Nachricht auf die komplizierte Familiengeschichte ein und betonte, er habe auch in der politisch schwierigen Lage in der Ukraine seit dem Jahr 2014 immer versucht, den Kontakt zu allen Verwandten aufrechtzuerhalten, jedoch nicht zu seinem Halbbruder und anderen Halbgeschwistern väterlicherseits.

Zarjow stellt zwischen der Kapitulation der neonazistischen "Asow"-Kämpfer in Mariupol und der Verhaftung seines Halbbruders einen politischen Zusammenhang her:

"Heute Morgen habe ich die Nachrichten auf ukrainischen Kanälen gesehen. Mir ist aufgefallen, dass nirgends von der Kapitulation von Asow in Mariupol die Rede war. Während ich die Sendung sah, fragte ich mich, wie das Büro von Präsident Selenskij die Medienagenda unterbrechen würde. Nun, jetzt ist es klar. Ich schaltete den Fernseher ein – auf allen Kanälen wurde über die Verhaftung meines Halbbruders berichtet, dessen einziger Fehler darin bestand, dass er und ich denselben Nachnamen tragen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 19.5.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt**. 15 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 30 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 Schützenpanzer und acht Feuerstellungen des Gegners vernichtet. Unsere Verteidiger haben 3 Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen und einen Panzer erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 17 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 3. April 2022 entdeckte der leitende Feuerwerferschütze der 5. Brigade, der Soldat Nikita Dmitrijewitsch Kulibaba beim Dienst auf einer befestigten Position in Mariupol eine Scharfschützenstellung des Gegners auf der Route unserer Truppen. Der Soldat Nikita Dmitrijewitsch Kulibaba handelte sachkundig und entschlossen und nahm trotz der Gefahr für sein Leben und dem ständigen Feuer von Seiten des Gegners eine günstige Position ein und bezwang den Scharfschützen des Gegners und liquidierte so einen Feuerpunkt der Nationalisten. Dank seiner Handlungen gelang es, Verluste unter dem Personal unserer Truppen zu vermeiden und erfolgreich die Kampfaufgabe auszuführen, wobei der Gegner abgedrängt wurde.

18:55 de.rt.com: **Kirijenko: der geeinte Westen führt in der Ukraine Krieg gegen Russland**

Der geeinte Westen befindet sich heute auf dem Gebiet der Ukraine im Krieg mit Russland, und zwar durch die Hände der Ukrainer. Dies sagte der erste stellvertretende Leiter der russischen Präsidentialverwaltung, Sergej Kirijenko, am Donnerstag in einer Rede auf dem Bildungsmarathon "Nowyje Gorizonty" (Neue Horizonte), wie TASS [berichtet](#).

"Sie und ich verstehen alle sehr gut, dass sich Russland bei einer speziellen Militäroperation auf dem Territorium der Ukraine heute nicht im Krieg mit der Ukraine befindet. Der vereinigte Westen führt Krieg gegen uns, einfach auf ukrainischem Gebiet und leider durch die Hände von Ukrainern. Es ist so dramatisch, aber es ist wahr", sagte Kirijenko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6286730eb480cc3fd354e678.jpg>